

SHOOTING BACK

EINE FOTOGRAFISCHE ANTWORT AUF 28 JAHRE BESPITZELUNG

„Shooting back“

Gedanken zum Warum dieser Broschüre.

Es war meine eigene Anfrage beim Verfassungsschutz, die das Ganze auslöste. Es ging um Einbürgerung. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz hatte alle Älteren oder seit vielen Jahren hier lebende Migrant_innen angeschrieben und eingeladen, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Mich auch.

Die Krise in Griechenland - und die Folgen davon, wie ein möglicher Ausschluss aus der EU - war einer der Gründe für mich, offen für dieses Angebot zu sein, nach 35 Jahren als griechische Migrantin in Hamburg.

Vor dem Antrag auf Einbürgerung, wollte ich wissen, ob etwas über mich bei den Behörden gespeichert ist. Die Weigerung der Akkreditierung 2008 beim G8 hatte mich stutzig gemacht. So stellte ich eine Anfrage. Die Antwort der Behörden ließ 3 Jahre auf sich warten.

Als ich im März 2016 den 5-seitigen Antwortbrief vom Verfassungsschutz bekam, nach dem ersten Kopfschütteln, beschloss ich, diesen persönlichen Brief öffentlich zu machen, damit jeder Mensch, der nie so einen Brief bekommen wird, es lesen kann.

Öffentlich machen, was nicht sichtbar sein soll, und sichtbar machen wie Kriminalisierung funktioniert. Es geht nicht nur um mich. Es geht um alle, die beobachtet werden, und das sind nicht wenige, deren Leben und das ihnen nah stehender Menschen, beeinträchtigt wird.

...in der Welt in der ich leben möchte, es dazu gehört, parteilich zu sein.

Meine Arbeit ist visuell und dokumentierend. Öffentlich machen, was unsichtbar bleiben soll, ist mein Schwerpunkt. Ich bin bewusst politisch denkende Photo-Journalistin und finde, dass in der Welt in der ich leben möchte, es dazu gehört, parteilich zu sein.

Als der VS anfang mich zu beobachten, vor 31 Jahren, war ich neu in Hamburg. Fotografie sah ich als das beste Mittel, um mich auszudrücken. Als Fotografin, die befreundet war mit Bewohner_innen der Hafensstraße, kriegte ich vieles mit, was in der Öffentlichkeit von den Medien falsch dargestellt wurde. Gegenöffentlichkeit war nötig. Ich wurde Teil des "Initiativkreises für den Erhalt der Hafensstraße" und versuchte mit Bilderdokumentation, die Situation an und um die Häuser öffentlich zumachen.

Dass wir beobachtet werden, ahnten wir damals schon. Aber dass die Photos als so machtvoll angesehen werden, nicht. Es könnte ein Kompliment sein, wenn es nicht vom Verfassungsschutz kommen würde. Ist übrigens mein erklärtes Ziel, durch Photos Veränderungen in die Köpfe zu schaffen.

Es gibt im Journalismus einen Begriff: Embedded Journalism. Das sind die Journalist_innen die sich von der Industrie/Pharma/ Militär/ bezahlen lassen, um darüber zu berichten, positiv versteht sich. Embedded Journalists sind in die Branche akzeptiert, auch wenn nicht immer geschätzt. Wenn du aber Embedded zu: "Kein Mensch ist illegal" "Gleiche Rechte" bist, heißt das für viele, dass deine Berichte einseitig sind, sprich unglaubwürdig. Die Aura der journalistischen Neutralität.

tät, die mit Professionalität verwechselt wird, wird durch unpolitischen Journalismus gewonnen. Der Weg zur Kriminalisierung derer, die Position beziehen, ist damit eröffnet.

Für mich gilt das Gegenteil: Position beziehen ist ein wichtiger Glaubwürdigkeitspunkt im Journalismus. Zeigen, aus welcher Perspektive berichtet wird und auf wessen Seite Mensch steht. Deswegen habe ich mich entschieden, diese Broschüre zu machen. Es ist die einzige mir nahe Art, mit diesen Angriff umzugehen. Auch wenn jeder, der politisch denkt und handelt, davon ausgeht mal beobachtet zu werden, ist es etwas anderes, es im Detail zu lesen. Ein merkwürdiges Gefühl, wenn Fremde in deinem Leben schnüffeln und hinterherdackeln. Es stinkt nach Kanalisation und Perversität.

Dazu kommt, dass Verdeckte Ermittler_innen eingesetzt werden. In Hamburg konnten in die letzten Jahren aufmerksame Menschen schon 3 Verdeckte Ermittlerinnen erfolgreich enttarnen.

VEs missbrauchen die Offenheit der Menschen, täuschen Freundschaften, missbrauchen Vertrauen. Das nachträgliche erfahren Ihrer Anwesenheit, nachdem Mensch jahrelang beobachtet wurde, kann das Vertrauen der Betroffenen in andere Menschen ernsthaft erschüttern. Auch ich muss Wege finden, mich dem Misstrauen nicht zu widmen. Auch deswegen gehe ich gegen den Einsatz an.

Dabei habe ich das Glück, dass ich 67 Jahre bin. Ich stehe nicht in einer Ausbildung oder Berufsbeginn und muss nicht mein Leben lang fürchten, Jobs nicht zu bekommen, weil diese angeblichen Beweise meiner angeblichen Gefährlichkeit in

einer Akte stehen und so zur Tatsache gemacht werden. Die meisten Menschen, die beobachtet werden, sind viel jünger, für sie kommt, beobachtet zu werden, einem Berufsverbot nah, ohne das so zu benennen und dagegen angehen zu können. Das was als bloßes Beobachten verkauft wird, bedeutet für viele ernsthafte berufliche Einschränkungen fürs das ganze Leben. Ein persönlicher Schaden, den die Ermittlungsbehörden offensichtlich bewusst in Kauf nehmen. Noch ein Grund mehr sie abzuschaffen.

Die verdeckte Ermittlerin Maria Böhminen/ "Maria Bock" wurde seit 2008 in die Hamburger Szene eingeschleust. Als ich über die VE Maria B. erfuhr, die sich in der Antirassistische Szene Hamburgs in den Jahren 2008- 2012 ausgetobt hatte, konnte ich mich nicht mehr erinnern an sie oder wo die VE überall war. Mein eigenes Photoarchiv hat aber meinem Gedächtnis geholfen. Alle Vorwürfe gegen mich

ab 2008, sind Termine wo sie "zufällig" auch dabei war. Oft kreuzten sich unsere Wege, sogar im Ausland: auf Lesbos 2009 beim noborder camp war sie selber aktiv, Frontex blockierend, wie an den Photos unschwer zu erkennen. Danach erkannte ich

das aus der Liste der Gründe, die mich zu Linksextremistin hochstempeln sollten, die Hälfte Punkte sind, wo sie dabei war. Der organisierte Zufall? Der Lieferdruck, den so ein Einsatz mit sich bringt, die Abhängigkeit von seinen "Beobachtungs-Objekten", um seine Karriere weiter führen zu können, findet bewusst auf Kosten von anderen statt.

Über die Schäden/Traumata, die bei den beobachteten Personen verursacht werden, will ich hier nicht weiter reden.

Ein merkwürdiges Gefühl, wenn Fremde in deinem Leben schnüffeln und hinterherdackeln.

Es gibt Jurist_innen, Psycholog_innen an den Unis, die sich damit beschäftigen und Untersuchungen machen könnten, um die Sinnlosigkeit und die Gefährlichkeit solcher Einsätze sichtbar zu machen und so dazu beitragen könnten, dass sie gestoppt werden. Rückwirkend am besten.

(Diese Einsätze einer mit dem rechten Auge nichts wahrnehmenden Behörde, die zuguckt, wenn jahrelang Migrant_innen ermordet werden, die die rechten Angriffe auf Flüchtlings-Unterkünfte zählt, statt sie zu verhindern: (1000 angriffe nur 2016, 1031 in 2015, 200 in 2014 zahlen BKA), hier besser recherchierte zahlen:

<http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/es-hoert-nicht-auf-rechte-gewalt-gegen-asylsuchende-2017-06>

sollten sofort aufhören und der ganze VS abgeschafft werden.

Ich nutze die Zeit, bevor sie ersatzlos gestrichen werden, um mit meinen Mitteln, meinen Photoarbeiten, diese Vorwürfe einzeln anzugehen und sie dahin zurück zu bringen, wo sie hingehören: ein Teil der Geschichte des Widerstandes.

Juristisch klage ich das alles gelöscht wird. Wie das Gericht entscheiden wird, wird sich zeigen. Aber ich mache nicht eine Broschüre, um ein Gericht zu überzeugen, sondern um mir danach sagen zu können: ich habe die passende Antwort gegeben.

In der Zwischenzeit (May 2017) hat sich der Verfassungsschutz wieder gemeldet, diesmal mit einer "Empfehlung" von mehreren Seiten, an das Verwaltungsgericht, meine Klage abzulehnen.

Die Broschüre soll ein Photodenkmal für die Sinnlosigkeit und Perversität von Observation und verdeckten Ermittlungen setzen...

Plötzlich taucht "Kein Mensch ist illegal" viel stärker als ergänzender Beweis meiner Gefährlichkeit auf. Um die Konstruktion von Gefährlichkeit aufrechtzuerhalten werden vom Verfassungsschutz lustiger wei-

se sogar Zitate aus irgendeinem Blog der Marketing mit dem KMII logo betreibt, benutzt. Während dessen feiern wir in Kassel 20 Jahre die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" und viele, die bei

der documenta X (1997) die KMII die Kampagne gestartet haben, kommen wieder zusammen.

Der Gedanke von Elie Wiesel:

"Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?" ist noch immer aktuell.

Zurück zum Warum dieser Broschüre: Denkt dran beim Lesen: Die Termine sind nicht von mir ausgesucht, sondern von irgendwelchen Ermittlern. Dafür haben sie 3 Jahre gebraucht. Wir wissen noch nicht, aus welcher Menge von Infos und mit welchen Kriterien sie ausgesucht wurden. Es ist nicht meine Auswahl.

Die Broschüre soll ein Photodenkmal für die Sinnlosigkeit und Perversität von Observation und verdeckten Ermittlungen setzen und ist Teil von mehreren Aktionen gegen VES in Hamburg und überall.

No One is Illegal!

marily stroux
Hamburg, Oktober 2017

PS:

Und ein "Termin" der in mein Akte keine Erwähnung fand. Eröffnung der Neue Flora: Polizei jagd mit Hindernis auf ein Gemüsehändler, der das Geschehen beobachtete.



Vollmondorchester in der Roten Flora, Foto: Marilyn Stroux


Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres und Sport

Behörde für Inneres und Sport, Johanniswall 4 III, 20095 Hamburg

Herr Rechtsanwalt
[REDACTED]
[REDACTED]
Hamburg

Landesamt für Verfassungsschutz

Johanniswall 4 III
D - 20095 Hamburg

Altzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den 11.03.2016

Ihr Antrag auf Auskunft über beim Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg gespeicherte personenbezogene Daten zu Ihrer Mandantin Marily Stroux

Ihr Zeichen: hier unbekannt

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Zerani,

zu Ihrem Auskunftsersuchen teilen wir Ihnen mit, dass das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV Hamburg) personenbezogene Daten über Ihre Mandantin Marily Stroux gespeichert hat. Die Beauskunftung hat sich aufgrund des mit ihr einhergehenden Arbeitsaufwandes und aufgrund des allgemeinen Arbeitsaufkommens stark verzögert. Dies bitten wir zu entschuldigen.

Gemäß § 9 Abs. 1 HmbVerfSchG darf das LfV Hamburg zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten u. a. weiter verarbeiten, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass die betroffene Person an Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 4 Abs. 1 HmbVerfSchG (u. a. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung) teilnimmt, und dies für die Beobachtung der Bestrebungen oder Tätigkeit erforderlich ist, oder
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 4 Absatz 1 erforderlich ist

Seite 1 von 6

... zu Ihrem Auskunftsersuchen, teilen wir Ihnen mit, dass das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV Hamburg) personenbezogene Daten über Ihre Mandantin Marily Stroux gespeichert hat.

Über Ihre Mandantin sind hier Daten gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 HmbVerfSchG gespeichert.

Über Ihre Mandantin sind hier Daten gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 HmbVerfSchG gespeichert. Das LfV Hamburg hat sie im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS), der Verbunddatei der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern, erfasst.

Dem LfV Hamburg liegen Erkenntnisse vor, die tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht begründen, dass Ihre Mandantin sich zumindest seit 1988 an Aktivitäten linksextremistischer Bestrebungen beteiligt hat.

Zu ihr sind zunächst biografische Grunddaten gespeichert: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort und Staatsangehörigkeit sowie drei Fotos. Zu Ihrer Mandantin ist derzeit die Wohnanschrift [REDACTED] erfasst. Außerdem sind die Telefonnummer [REDACTED] und das auf sie zugelassene Fahrzeug [REDACTED] dokumentiert. Sie ist mit der Berufsbezeichnung "Fotograf" gespeichert.

Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen gehörte Ihre Mandantin 1988 zum Initiativkreis Hafenstraße und beteiligte sich an dessen Aktivitäten.

In der Ausgabe der Publikation „Angehörigen Info“ vom 05.07.1991 wurde sie als Unterzeichnerin einer Solidaritätserklärung mit dem Tenor „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ aufgeführt.

Am 18.08.1992 wurde hier bekannt, dass Ihre Mandantin zu einem in der JVA Celle einsitzenden terroristischen Gewalttäter Briefkontakt unterhielt.

Am 24.11.1992 beteiligte sich Ihre Mandantin an einer Protestaktion der Hafenstraßen-Sympathisantenszene gegen die Sozialpolitik des Senators RUNDE anlässlich dessen Auftritts bei einer Distriktsversammlung der SPD auf St. Pauli.

Weiterhin nahm sie anlässlich einer bevorstehenden Wohnungsraumung in der St. Pauli Hafenstraße am 25.11.1992 an einer dortigen Protestaktion teil. Während der Raumung wurde sie von Einsatzkräften aus dem Gebäude getragen und dabei verletzt.

Ihre Mandantin nahm am 11. und 12.12.1993 an von Linksextremisten mitgetragenen Protesten gegen die Unterbringung und Behandlung von Flüchtlingen und ihre Abschiebung vor Flüchtlingsschiffen in Neumühlen teil.

Am 11.01.1997 beteiligte sich Ihre Mandantin an einer Solidaritätskundgebung vor dem peruanischen Generalkonsulat in Hamburg für die Angehörigen der revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA), die am 17.12.1996 mehrere hundert Personen in Lima als Geiseln nahmen.

Seite 2 von 6

Am 21.03.2001 wurde während eines Treffens in der „Roten Flora“ zur Vorbereitung auf die Proteste gegen die Castor-Transporte bekannt, dass sich um Ihre Mandantin eine Mediengruppe gebildet habe, die diesbezügliche Auseinandersetzungen dokumentiere.

Ihre Mandantin wurde am 15.05.2001 als Teilnehmerin einer ca. 35 Personen starken Demonstration in Hamburg festgestellt.

Ihre Mandantin wurde am 24.07.2001 als Teilnehmerin einer ca. 250 Personen starken Demonstration in Hamburg festgestellt.

In einer Beilage (Titel: „Früchte des Wahns 4“) zur TAZ-Ausgabe v. 19.12.2001 wurde Ihre Mandantin im Zusammenhang mit einem Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der „Revolutionären Zellen“ als Unterzeichnerin einer an das Kammergericht Berlin gerichteten Petition mit dem Titel „Freilassung sofort“ aufgeführt.

Am 21.04.2002 nahm Ihre Mandantin an einer Kundgebung im Rahmen linksextremistischer Proteste gegen den sogenannten Brechmitteleinsatz vor dem UKE teil.

Am 25.09.2005 nahm Ihre Mandantin mit weiteren Angehörigen der von Linksextremisten mitgetragenen Hamburger „Glasmoorgruppe“ an einer Demonstration vor einem Flüchtlingslager in Horst / MV teil.

Am 01.06.2007 wurde das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung durch das VG Berlin dazu verurteilt, Ihrer Mandantin eine Akkreditierung für den G8-Gipfel in Heiligendamm zu erteilen.

Ihre Mandantin nahm 2008 an mehreren Vor- und Nachbereitungstreffen zu einem im Juli 2008 in Hamburg durchgeführten, von Linksextremisten mit organisierten und besuchten „Grenzcamp“ teil. Sie wurde in diesem Zusammenhang der Gruppe „Kein Mensch ist illegal“ zugerechnet, in der auch Linksextremisten aktiv waren. Im Rahmen des Camps beteiligte sie sich u.a. am sogenannten Flughafenaktionstag am Hamburger Flughafen.

Ihre Mandantin war am 19.06.2008 Teilnehmerin an einer Informationsveranstaltung „Zu den Terrorismusvorwürfen in Neuseeland“ in der Roten Flora.

Am 19.09.2008 nahm sie an der Eröffnung der „Antira-Kneipe“ in der „Hafen-Vokü“ in der St. Pauli Hafensstraße 116 teil.

Ihre Mandantin nahm 2009 an mehreren Vor- und Nachbereitungstreffen für ein „Antirassistisches Grenzcamp“ im August 2009 auf Lesbos/Griechenland teil. Während eines Nachbereitungstreffens

Seite 3 von 6

... Im Übrigen wird eine weitergehende Auskunft der zu Ihrer Mandantin #gespeicherten Daten gemäß § 23 Abs. 2 HmbVerfSchG nicht erteilt, weil durch die Auskunft die Nachrichtenzugänge des LfV Hamburg gefährdet sein können, die Ausforschung der Arbeitsweise des LfV Hamburg zu befürchten ist ...

... Somit bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass Ihre Mandantin sich an linksextremistischen Bestrebungen beteiligt ...

wurde deutlich, dass die große Mehrheit der Teilnehmer das Camp besucht hatten. Es wurde deutlich, dass die Hamburger Teilnehmer im Gegensatz zu den einheimischen Aktivisten offen für militante Aktionen gewesen waren. Aus Aussagen Ihrer Mandantin geht hervor, dass sie die Haltung der übrigen Hamburger teilte, die sie als „unsere Politik“ bezeichnete. Zugleich zeigte sie Verständnis für die Zurückhaltung der einheimischen Campteilnehmer.

Im Mai 2009 wurde bekannt, dass sich Ihre Mandantin als Fotografin für die Publikation des „widerständigen Lokalblattes“ „Schanze 20357“ betätigte, welches von dem der autonomen Szene zugehörigen „Freien Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks“ herausgegeben wird.

Am 20.11.2009 nahm Ihre Mandantin an einer Info- und Mobilisierungsveranstaltung für die Proteste der linksextremistischen Szene gegen die IMK in Bremen (02. bis 04.12.2009) teil, die im Rahmen der „Antira-Kneipe“ in der „Hafen-Vokü“ durchgeführt wurde.

Ihre Mandantin nahm am 27.01.2010 an einer Vollversammlung in der Roten Flora teil, während der über eine politische Kampagne gegen eine etwaige Räumung des Objekts beraten wurde.

Zwischen Anfang 2010 und Mitte 2011 nahm Ihre Mandantin mehrfach an den monatlich stattfindenden Autonomen Vollversammlungen in der Roten Flora teil.

Im gesamten Jahr 2010 beteiligte sich Ihre Mandantin an zahlreichen Aktivitäten des No-IMK-Bündnisses, mit dem die linksextremistische Szene ihre teilweise gewalttätigen Proteste gegen die in Hamburg stattfindende Innenministerkonferenz vorbereitete.

Am 27.05.2010 wurde durch einen Pressebericht bekannt, dass Ihre Mandantin gegen die Akkreditierungsvorschriften der IMK am 27. und 28.05.2010 in Hamburg geklagt hatte.

Vom 14. bis 17.10.2010 hat sich Ihre Mandantin am Antira-Kongress in der Roten Flora beteiligt.

2010 wurde Ihre Mandantin mehrfach als Kontaktperson von Hauptprotagonisten der gewaltorientierten linksextremistischen Szene Hamburgs festgestellt. Außerdem wurde ihre Teilnahme an einer Solidaritätsaktion für einen führenden Protagonisten der autonomen Szene am 26.04.2010 vor dem Hamburger Strafjustizgebäude sowie an der autonom geprägten und gewalttätig verlaufenden „Antirepressionsdemonstration“ am 24.07. und der Anti-IMK-Demonstration am 13.11.2010 in Hamburg dokumentiert. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse wurde sie als bedeutende Person innerhalb der linksextremistischen Szene Hamburgs gewertet.

Seite 4 von 6

Darüber hinaus liegen dem LfV Erkenntnisse vor, die belegen, dass sich Ihre Mandantin zwischen 2008 und 2010 mehrfach an internen Treffen der autonomen Szene beteiligt hat.

Am 12.02.2011 beteiligte sich Ihre Mandantin an Protesten gegen eine Kundgebung der NPD auf dem Gänsemarkt, zu denen auch linksextremistische Gruppen mobilisiert hatten.

Ihre Mandantin nahm am 04.06.2011 an einer Veranstaltung der antimilitaristischen Frauengruppe "amiga" in der Roten Flora zum Thema "Kriegsgebiet Hamburg" teil.

Am 14.06.2013 nahm Ihre Mandantin an einer auch von mehreren Linksextremisten frequentierten Solidaritäts-Aktion am "Park-Fiction" für die "Lampedusa"-Flüchtlinge teil.

Am 15.06.2013 war Ihre Mandantin Teilnehmerin an einer mit großer Beteiligung aus der linksextremistischen Szene durchgeführten Protestaktion mit dem Tenor "Zwangsräumung? Verhindern!" gegen eine Zwangsräumung im Bereich Schanzenstraße/Ludwigstraße.

Ihre Mandantin war Halterin eines Pkw, der im Rahmen des vom 17. bis 24.08.2014 in der Altmark/Sachsen-Anhalt durchgeführten "War starts here Camp" polizeilich festgestellt wurde.

Somit bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass Ihre Mandantin sich an linksextremistischen Bestrebungen beteiligt.

Im Übrigen wird eine weitergehende Auskunft der zu Ihrer Mandantin gespeicherten Daten gemäß § 23 Absatz 2 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz (HmbVerfSchG) nicht erteilt, weil durch die Auskunft die Nachrichtenzugänge des LfV Hamburg gefährdet sein können, die Ausforschung der Arbeitsweise des LfV Hamburg zu befürchten ist (§ 23 Absatz 2 Ziffer 1 HmbVerfSchG) oder die entsprechenden Daten wegen der überwiegenden schutzwürdigen Interessen Dritter geheim gehalten werden müssen (§ 23 Absatz 2 Ziffer 2 HmbVerfSchG). Insoweit weisen wir Sie gemäß § 18 Absatz 6 Hamburgisches Datenschutzgesetz darauf hin, dass Sie sich an den Hamburgischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Seine Anschrift lautet:

Hamburgischer Datenschutzbeauftragter
Klosterwall 6, Block C
20095 Hamburg.

Seite 5 von 6

... Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach einer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch bei der Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg, Landesamt für Verfassungsschutz, ... , erhoben werden.

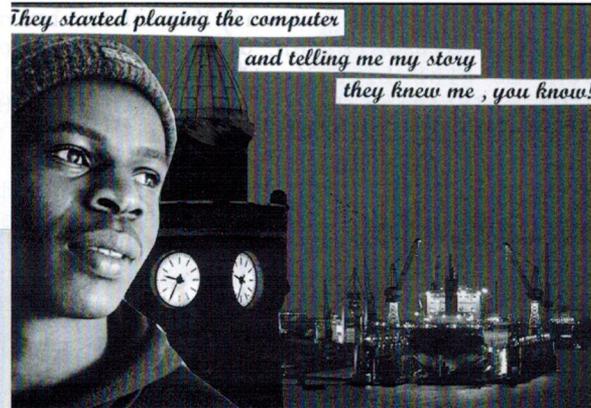
[über die
grenze]
[cross the
border]

© Philip Stone - Andrew Jackson - Sarah Galla 1997 - stuart@1313.com

Postkarte

Der Liberianer Jackson Andrews,
der sein Leben riskiert hat, um als
stowaway nach Europa zu kommen,
saß über neun Monate in Abschie-
behalt und ist am 24.7.'97 nach
Ghana abgeschoben worden.

kein
mensch
ist
illegal



1988

Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen gehörte Ihre Mandantin 1988 zum Initiativkreis Hafenstraße und beteiligte sich an dessen Aktivitäten.

Im Herbst 1981 wurden in der St.Pauli-Hafenstraße und in der Bernhard-Nocht-Strasse leerstehende Wohnungen "still" besetzt. Die stadteigenen, von der SAGA verwalteten Häuser sind ziemlich verfallen. In den Monaten davor hatte es in Hamburg zahlreiche Hausbesetzungen (vor allem in Altona und Eppendorf) gegeben, die alle innerhalb von 24 Stunden durch Polizeieinsätze geräumt wurden (24-Stunden-Konzept von Innensenator Pawelczyk).

<https://www.nadir.org/nadir/archiv/Hauserkampf/Hafenstrasse/doku.html>

"Die BewohnerInnen lehnen die Vertragsvariante (Ohne Gegenleistung vom Senat) ab. Mitterweile entwickelt sich die Solidarität mit der Hafenstraße weiter. Jeden Tag kommen mehr als tausend Menschen, bringen Solidaritätsschreiben, Geld- und Sachspenden. Es gibt Live-Musik und viele intensive politische Diskussionen an den Barrikaden, um die Häuser herum, im Zelt und in den Gemeinschaftsräumen. Hunderte von Leuten bleiben Tag und Nacht. Die Verteidigung der Häuser wird zur Sache aller"

Der Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße erklärt an diesem Abend:

Die Hafenstraße ist durchgesetzt: die Häuser bleiben stehen, die BewohnerInnen können hier erstmal weiter leben. Es ist der Erfolg unseres langen gemeinsamen Kampfes, den die BewohnerInnen

im Bündnis mit vielen Organisationen, Menschen und Gruppen wie Kirche, Jusos, Grün-Alternativen, Kommunisten, Autonomen und antiimperialistischen Gruppen geführt haben.

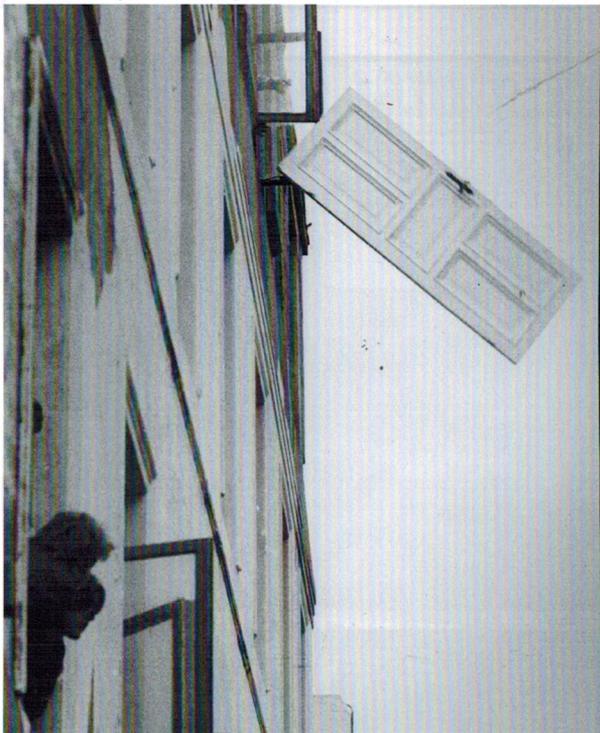
Was jetzt zustande gekommen ist, wäre schon vor Wochen möglich gewesen. Es war erst notwendig, mit Barrikaden und vielen Menschen die Entschlossenheit und den Widerstandswillen zur Durchsetzung der Hafenstraße zu demonstrieren.

Wir haben gestern und heute die Barrikaden und Befestigungen abgebaut und die Wohnungen zugänglich gemacht. Die heutige Begehung durch Staatsanwaltschaft und politische Polizei war eine erneute Provokation. Wir müssen davon ausgehen, daß solche Provokationen wir heute nachmittag auch weiterhin laufen werden, z.B. Hausdurchsuchungen durch die Bundesanwaltschaft. Es ist uns klar: Der Vertrag ist so angelegt, dass bei regider Handhabung durch den Senat weitere Konflikte unvermeidlich sind.

Mit der Unterzeichnung des Pachtvertrages sind die Ziele, die sich mit dem Kampf um die Hafenstraße verbinden, noch nicht durchgesetzt. Um im Hafen und in anderen gesellschaftlichen Bereichen selbstbestimmt, solidarisch und kollektiv leben und Widerstand gegen Unterdrückung entfalten zu können, müssen wir unseren Kampf gemeinsam im breiten politischen Bündnis weiterführen.

Die Häuser sind durchgesetzt - wir kämpfen weiter!

Hamburg, 19.11.87



Räumung eine Wohnung . Die Türen fliegen aus den Fenstern, zusammen mit den privaten Eigentum der Bewohner_Innen.



Konzert der Goldene Zitronen - Claudia Gonzales vor den Häusern 1987.



Solidarität mit den Hafenstraßenbewohner_Innen





"Die "Nachbarn für die Hafenstraße" pflanzen 40 Bäume um die Häuser. Die Befestigungen bleiben und werden verstärkt.



Großdemonstration am 31. Oktober 87 auf (an diesem Tag läuft das Entfestigungsultimatum ab)...



Tageszeitung
Licht werden die alten Zeiten" gemessen, ein bisschen, auch in dieser Zeit geboren.
(DIN 4 x 4, CV)

taz hamburg

Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 38 90 17-0

Hafenstraße: Dirksen mußte abziehen

Bewohner erfolgreich gegen Vöscheraus Räumungspolitik / Dirksen durfte Treppenhaus besichtigen, Staatsanwälte mußten draußen bleiben / Journalisten stellten sich Polizei entgegen / Nächste Begehung „nicht vor Freitag“

■ Das Ereignis hat gegen die Erwartungen von zwei Häftlingen im Keller des Hofes in der Hafenstraße durch Häftlinge, die sich nicht abziehen lassen wollten, die Räumung des Treppenhauses durch die Wohnungsbauverwaltung (WV) unterbrochen. Die sich weigerten, die Räume zu verlassen, wurden sie von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.



Dirksen blickt in den Keller.

Die Polizei, die gegen 9.45 Uhr im Treppenhaus der Hofstraße auf die Räumung der Hofstraße eintraf, wurde von den Häftlingen aufgehalten. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

AK 300 — 21. August 1989 — Seite 26

Keine Sommerpause in der Hafenstraße

Juristische Erfolge und weitere Räumungsprovokationen

Alle Register werden gezogen, um Anlauf und Weg zu finden, den Häftlinge in der Hafenstraße den Parteien zu machen. Die letzten Wochen geprägt von einer Provokation nach der anderen. Am Freitag, den 18. August, wurde die Hofstraße durch die Polizei evakuiert. Die Polizei, die gegen 9.45 Uhr im Treppenhaus der Hofstraße auf die Räumung der Hofstraße eintraf, wurde von den Häftlingen aufgehalten.

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.



Der Schütze — einschichtig bekannt

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

Der Traum vom Dorf in der Großstadt

Nach dem Urteil gegen die Hafenstraße sehen die BewohnerInnen keinen Grund zur Resignation
Das Genossenschaftsmodell wird weiter geplant und vorangetrieben ■ Aus Hamburg Sanna Koch

Keine übertriebene Gläubigkeit, keine überhöhten Ansprüche — nach dem verhängnisvollen Urteil der Hamburger Oberlandesgericht (OLG), das den Weg zur Räumung der Hofstraße freigemacht hat, ist für die Bewohner der Hofstraße kein Weg zusammengebrochen. Eher ist die Wahlweise "hinterfragt" worden. Das OLG entschied am Dienstag, daß die Mieter der Hofstraße keine Rechte haben, die sie gegen die Räumung des Treppenhauses durch die Wohnungsbauverwaltung (WV) geltend zu machen.



ST. PAULI

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

Nachbarschaft, umgeben: Eine St. Paulerlerin singt in der „Juste Herminie“.

Foto: Marly Stroux



Die taz-Fotografin Marly Stroux (Foto) hat das erstmalig vergebene Stipendium für Dokumentarfotografie erhalten. Der von der Hochschule für Bildende Künste und der Patriotischen Gesellschaft ausgeschriebene Preis hat die Zielsetzung Fotografieren zu fördern, die „gesellschaftliche und urbane Veränderungen aufspüren, soziale Wirklichkeit sichtbar machen und zugleich die künstlerische Weiterentwicklung der Dokumentarfotografie anstreben“. Das Stipendium in Höhe von 10 000 DM wird jeweils für ein Jahr vergeben. Damit wird in Hamburg erstmalig ein Zweig der Fotografie prämiert, dem es bisher an jeder öffentlichen Unterstützung mangelte, obwohl die Stadt von Erich Andres bis Günter Zint bedeutende Dokumentarfotografen kennt. Die Preisträger ist für ihre engagierte Fotografie im Umkreis politisch-sozialer Brennpunkte bekannt. Sie möchte mit dem Stipendium eine Fotobuch über die Hafenstraße realisieren.

FOTO: HINRICH SCHULTE

CDU gratuliert der Hafenstraße

Karl-Heinz Ehlers glaubt, daß es die bunten Häuser auch noch in zehn Jahren geben wird

■ Mit einer Karte Bier wollte CDU-Mitglied Karl-Heinz Ehlers seinen Respekt zum 20-jährigen Bestehen der Hofstraße ausdrücken. Er hat die Hofstraße besucht und sich durch die Gassen der Hofstraße bewegt. Er hat die Hofstraße besucht und sich durch die Gassen der Hofstraße bewegt. Er hat die Hofstraße besucht und sich durch die Gassen der Hofstraße bewegt.



Kämpferische Fotos für einen friedlichen Zweck: Für ein Plattencover-Foto posieren Hamburger Musiker auf dem Dach eines Hofstraßen-Hauses

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

Neonazis erwarten Flüchtlinge

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht. Die Häftlinge wurden dort von der Polizei in den Keller des Hofes verbracht.

1

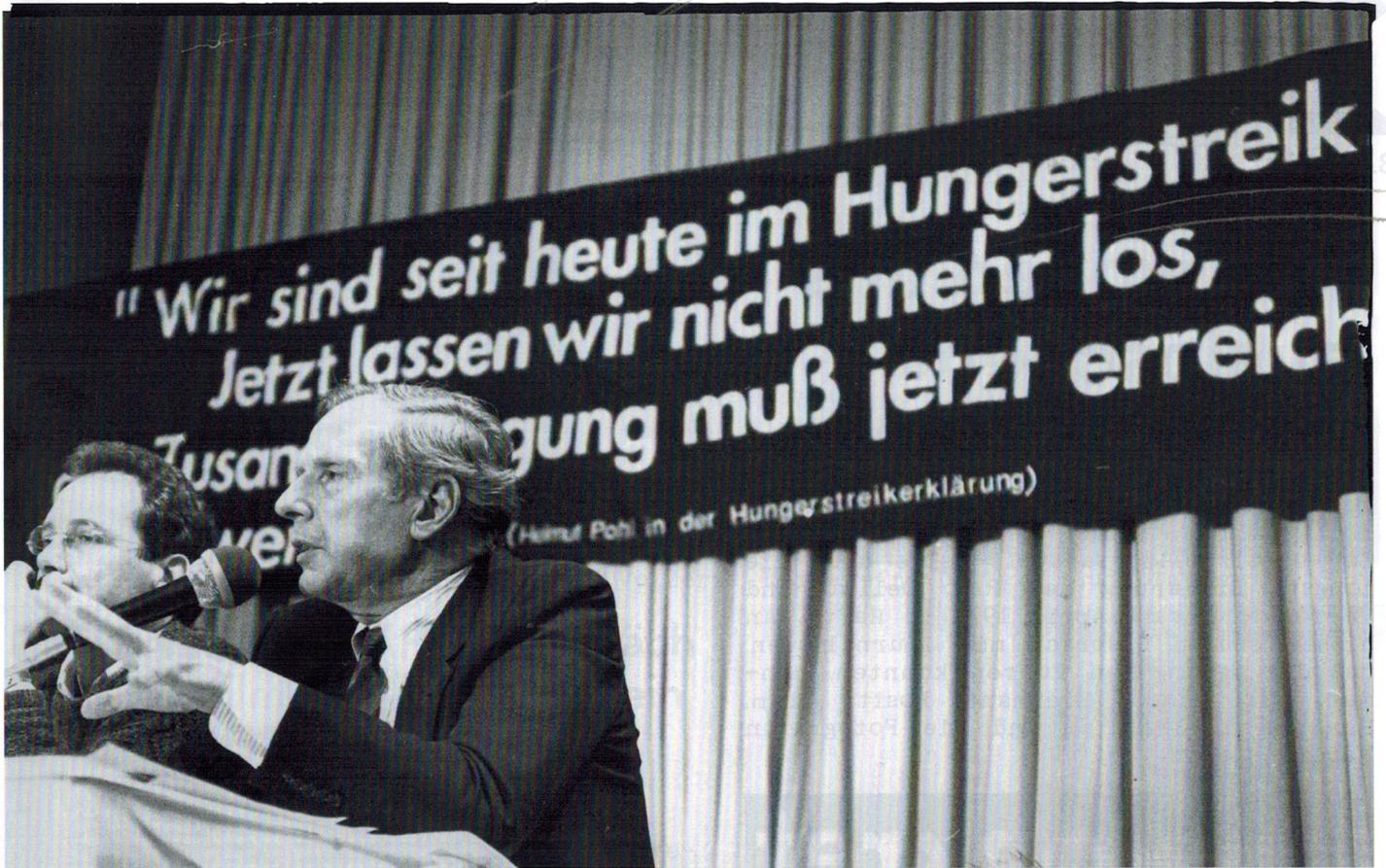
In der Ausgabe der Publikation „Angehörigen Info“ vom 05.07.1991 wurde sie als Unterzeichnerin einer Solidaritätserklärung mit dem Tenor „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ aufgeführt.

05.07.1991

Der § 129a StGB war im Vorfeld des Deutschen Herbstes geschaffen worden, um RAF-Mitglieder und Sympathisanten des bewaffneten Kampfes mühelos verurteilen zu können - auch wenn ihnen keine Beteili-

gung an konkreten Straftaten nachzuweisen war. 2001 inmitten von Deutschlands Frühlingserwachen, erfüllte der Paragraph seine Funktion noch immer: die Strafverfolgung derer zu erleichtern, die den allgemeinen Lauf der Dinge allzu sehr stören.





Hier eine Veranstaltung mit Bürgermeister Klaus von Dohnanyi am Podium zu der Zusammenlegung der politische gefangenen.

§ 129a
StGB

2

Am 18.08.1992 wurde hier bekannt, dass Ihre Mandantin zu einem in der JVA Celle einsitzenden terroristischen Gewalttäter Briefkontakt unterhielt.

18.08.1992

»Sie wollen uns auslöschen«

Konkret 06/1992, S. 10

Mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle über die jüngste Erklärung der RAF. Dellwo und Taufer sind seit April 1975 in Haft. An diesem ersten Gespräch mit Journalisten, das die Gefangenen führen konnten, nahmen teil: Thomas Ebermann, Rosita Timm, Hermann L. Gremliza und die Fotografin Marily Stroux.



»Sie wollen uns auslöschen«

KONKRET-Gespräch
mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle über die jüngste Erklärung der RAF. Dellwo und Taufer sind seit April 1975 in Haft, verurteilt zu jeweils zwei Mal lebenslänglich wegen Mord und Geiselnahme (Angriff auf die BRD-Botschaft in Stockholm), Folkerts ist seit September 1977 in Haft, verurteilt zu lebenslänglich (Anschlag auf Generalbundsanwalt Buback). An diesem ersten Gespräch mit Journalisten, das die Gefangenen führen konnten, nahmen teil: Thomas Ebermann, Rosita Timm, Hermann L. Gremliza und die Fotografin Marily Stroux

Buchbesprechung

Stammheim vergessen

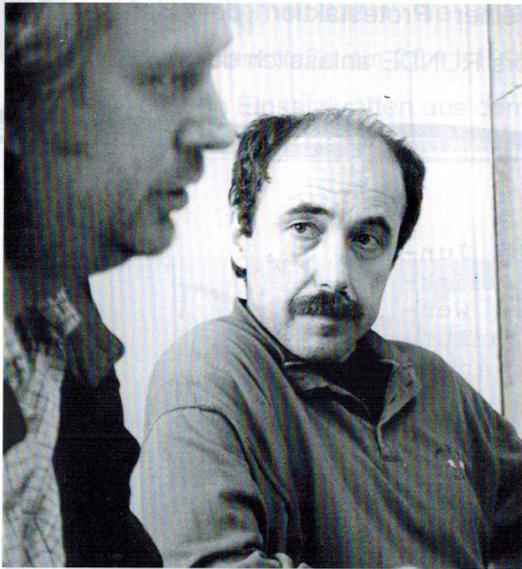
„Mich hat vor allem die Frage beschäftigt, wie denn die RAF gerade jetzt nach der Wiedervereinigung, eine Zäsur macht, ihre Politik der Ästhetik beenden wird... sie zu ihrer menschenwürdig verhalten, bevor die Erklärungen der FZS all-umfassend die deutsche Bevölkerung kommt.“ schreibt Oliver Tilsch in dem Vorwort zu seinem Buch „Stammheim vergessen“ und gibt auch einen Grund dafür an: „Ein wichtiger Grund liegt in der vergessenen Geschichte der Nationalisten, die die RAF nicht als Eigeninitiative des deutschen Volkes sieht, sondern als etwas Hoff von oben Aufgezwungen, als, wie es in einem früheren RAF-Text heißt, „politische und militärische Konsequenzen des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne.““

Das Buch dokumentiert einen Aufsatz der „Veröffentlichungen“ der RAF-Text „Midi-Paper“ von 1982 über die westlichen Medienwissenschaften und die westlichen westlichen Texte nach 1962 (Gedankenverweise in Groß-Klein-Verweise). Diese Texte, neben und handhabbar gebunden zu haben, wird nicht selten vergessen, sich die Buch zum Nachschlagen im Buchregal zu stellen. Aber auch die Zusammenfassung der RAF über Aktionen und Einschätzungen auf der Zusammenfassung der Politik der BRD und der USA nach 45 beruht. In veralteter Stellung gegen die RAF-Politik, die von oben Aufgezwungenen Forderungen, sind liegt im Mittelpunkt die aktive Erziehung und Heiligung der

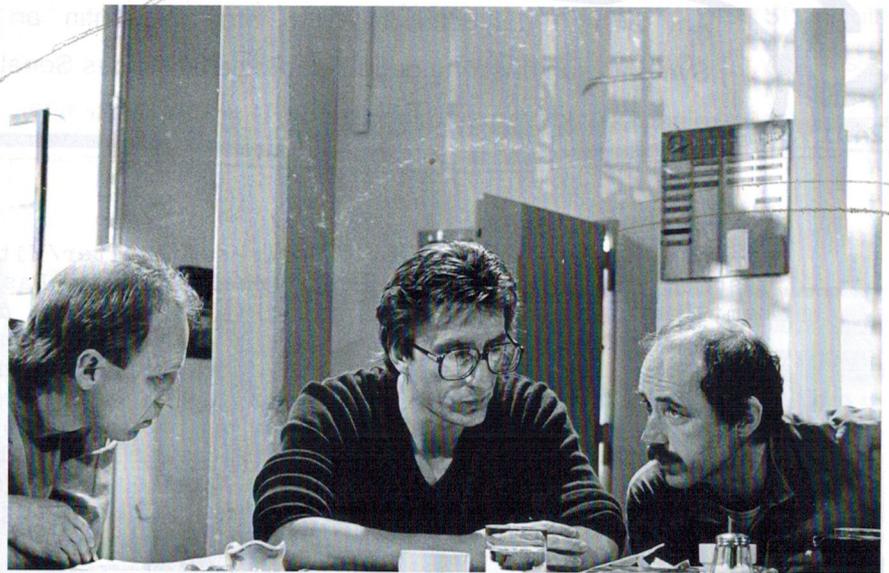


rende Politik zur NATO. Der zweite Teil bezieht sich auf die „Zweite Festschreibung“. Ein Korollar der staatlichen Repression seit 1977 bis hin zur „Kontakthilfe“.

Die von O.T. verteilten Einschätzungen und Thesen sind durchaus diskutierenswerte Texte dokumentieren, hat es, neben dem ursprünglichen Charakter gemäß für diejenigen, die die Beweggründe für die Politik der RAF und ihre Einschätzungen/Assessments/Entscheidungen besser nachvollziehen wollen, großen Wert.



Thomas Ebermann, Lutz Taufer



Knud Volkerts, Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer

Gefangene der RAF im Gespräch Ein Videofilm von Oliver Tolmein und Roger Willemsen BRD 1992, 45 Min.

Die Gefangenen der RAF sind nicht nur eingesperrt, sondern seit bis zu 28 Jahren weggesperrt. Die wenigen, die sie besuchen können, nehmen erhebliche Risiken auf sich: Überwachung, Berufsverbote, Staatsschutzschikanen. Alle anderen können nur auszugsweise und bruchstückhaft, oder von fremden Interessen bestimmt, etwas über die Gefangenen erfahren. Vor dem Hintergrund des Deeskalationsangebotes der RAF 1992 und der zunächst hoffnungsvoll erscheinenden "Kinkel-Initiative" haben die Justizminister Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1993 die Pforten geöffnet. Erstmals konnten Kamerateams in der JVA Lübeck und Celle drehen.

<https://www.youtube.com/watch?v=IuV9dU903ug>

<https://www.tolmein.de/filmprojekte/gefange-ne-der-raf-im-gespraech.html>



Karl-Heinz Dellwo

3
24.11.92

Am 24.11.1992 beteiligte sich Ihre Mandantin an einer Protestaktion der Hafenstraßen-Sympathisantenszene gegen die Sozialpolitik des Senators RUNDE anlässlich dessen Auftritts bei einer Distriktsversammlung der SPD auf St. Pauli.

... Am 17. April 85 erklärt Bezirksamtsleiter/Mitte Jungesblut die Häuser für nicht erhaltenswert. Das Bezirksamt beantragt die Unbewohnbarkeitserklärung, der Wohnungsausschuß stimmt zu, und die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschließt am 9. Mai 85, Räumung und Abriß.

Gegen die Unbewohnbarkeitserklärung legen die Bewohner_innen juristischen Widerspruch ein. Zuvor hatte allerdings das Sozialamt St. Pauli nach einer Kurzbesetzung durch 30 Bewohner_innen wieder Instandsetzungsgelder zugesagt.



Weiterhin nahm sie anlässlich einer bevorstehenden Wohnungsräumung in der St. Pauli Hafenstraße am 25.11.1992 an einer dortigen Protestaktion teil. Während der Räumung wurde sie von Einsatzkräften aus dem Gebäude getragen und dabei verletzt.



Seite 2

Hafenstraße:
Polzeiwilkkür
gegen
Presse!

Was ist die Hamburgs Hausbesetzer-
sasse und speziell um die Hafenstraße
galt, die die Polizei nach der Zurück-
gang große, bei Aktionen gegen letztere
Hauseigentümer gegen letztere
Aktionen von Presse „Morgens“
Nachtzeit Front, die sich einer
solchen Auswertung nicht fügen wollte,
müde sogar vor Gerichte zu ziehen, daß die
Auswertung scheinbar Segen bekam.
Mangl Kritik (Finnenscherke und Jon-
sahlin) mußte bei der Kantonbesetzung
die „Gasse & Jahr“ – Vorlage durch
Hafenstraßenbewohner zu dem gebotenen
Mandat an Polizei einbringen. Der
Fall wird zur Zeit vor Gericht verhandelt.
Am 25.11.92 wurde eine Wohnung in der
Hafenstraße geräumt. Ein NDR Team mit
„Spiegel“-Fotograf, ein „Konkret“-Re-
dakteur und eine „die Welt“-Korrespondent
als Zeugen anwesend. Die „die Welt“-Foto-
grafin Marily Stroux wurde dabei trak-
tiert, daß sie mit Handtaschenbündeln,
Pöbeln und einem Knüttelstoß ins
Krankenhaus landete. Die KI Medien wert
dieses skandalöse Szenario gegen die Frei-
heit der Berichterstattung durch eine Fest-
setzungslage gerichtlich klären lassen.
Es kann nicht gehen, daß immer wieder
Polizeibeamte vor die Gerichte, wie
Pressefreiheit zu definieren ist.

Günter Zant



Hamburg, Dienstag, 5. März 1990 ■ Hamburg

Gemeinschaftlich reingewaschen

Ermittlungen gegen Polizisten eingestellt, die Fotografin von der Treppe schubsten ■ Von M. Corbi



Hamburg, 25.11.1992: Die deutsche Marily Stroux, gestürzt von der Treppe. (Foto: Henning Scholz)



tz-Fotografin Marily Stroux wurde am 25. 11. 1992 von Polizeibeamten eine Treppe hinuntergestoßen und getreten, wobei sie sich das Steißbein brach. Selbst dem Polizeiführer war das zu happig, er erstattete Anzeige gegen seine eigenen Leute. Eine ellenlange Anzeige von Marily folgte natürlich auch (siehe Foto). Das Landeskriminalamt sieht sich darin nun offenkundig in seiner Ehre verletzt: Es ermittelt gegenwärtig gegen Marily wegen „Verdachts der Beleidigung“, „Körperverletzung“ und „Widerstand“. Als sollte ihr das Neujahrsfest noch versaut werden, wurde sie für den 29.12.1992 zur Vernehmung zitiert.

FOTO: HENNING SCHOLZ

Was hier als "die Treppe getragen" gelogen wird, war tatsächlich die Treppe runter werfen. Die wohnung war im ersten stock. Bewohner_innen und unterstützreinnen waren drin und wir zwei presse Fotografen. Die polizei kamm , behelmt, mit Schilder bewaffnet überall, auch im flur, auf jeder Treppen stufe . Die Wohnungsräumung sollte ohne Öffentlichkeit stattfinden.

So werden wir, die 2 anwesenden Pressefotografen, raus geworfen. Tatsächlich geworfen: Ich wurde von hinten die ganze Treppen stufen runter geworfen, so das

ich mit ein Steißbeinbruch im Treppenflur landete und Monate lang mit der Verletzung und den schock zu tun hatte. Mindestens Respektlos das "raustragen" zu nennen....

Sogar der Einsatzleiter vor Ort stellte sofort Anzeige gegen unbekanntan Beamten. Die interne Ermittlungen ergaben natürlich nichts , alle zeugen waren Beamte. Das verfahren würde nach 2 Jahren eingestellt dafür bekam ich , die betroffene, eine Anzeige wegen Körperverletzung Widerstand gegen die Staatsgewalt, usw.

5
11./12.12.93

Ihre Mandantin nahm am 11. und 12.12.1993 an von Linksextremisten mitgetragenen Protesten gegen die Unterbringung und Behandlung von Flüchtlingen und ihre Abschiebung vor Flüchtlingsschiffen in Neumühlen teil.



Zwischen 1989 und 2006 lagen in Neumühlen der Nähe des Fischmarktes Wohnschiffe, in denen zeitweise mehr als 2000 Flüchtlinge untergebracht waren. Die neuankommende Flüchtlinge mussten auf die schiffe mit

"kein festen Boden unter den Füßen" leben in der sogenannte "Erstaufnahme".

wohnschiffprojekt.blogspot.eu/publikationen/



Die Lebens Verhältnisse waren unerträglich. Eine enge Kabine pro Familie. Allein stehende Frauen, zusammen mit Männern untergebracht, die Fenster gingen nicht auf. Mensch konnten nicht selber kochen. Kein wunder das Bewohner beschlossen mit ein Hungerstreike auf ihre Situation aufmerksam zu machen.



taz hamburg

CHEMNITZSTR. 78, 2000 HAMBURG 50 ☎ 040 / 38 90 17-0, Anzeigen ☎ 040 / 38 90 17-12, FAX 040 / 38 90 17-10

Essen schlecht: 60 Asylbewerber erkrankt

Über 60 BewohnerInnen des Flüchtlingsschiffs „Bibby Endeavor“ mußten am Sonntag mit einer Lebensmittelvergiftung ins Krankenhaus / Manche befürchteten einen Anschlag / Behörde vermutet, daß ein Teil des Frühstücks verdorben war

■ Über 60 Asylbewerber sind am Sonntag mit einer Lebensmittelvergiftung in verschiedene Hamburger Kliniken gebracht worden. 36 von ihnen befanden sich gestern noch im Krankenhaus. Alle betroffenen Flüchtlinge leben auf dem Wohnschiff „Bibby Endeavor“, das in Neumühlen liegt. Die ersten Symptome waren am Sonntagmittag aufgetreten. Zahlreiche Asylsuchende klagten über Übelkeit und Magenbeschwerden.

„Den ganzen Tag über wurden die Leute vom Krankenwagen abgeholt“, hat ein 17-jähriger Asylbewerber aus Guinea beobachtet. Die Ambulanzen seien bis spät in die Nacht zum Schiff gekommen. „Was sollen wir machen“, sagt der junge Flüchtling, „wir haben kein Geld und sind gewunden, das Zeug zu essen.“ Die Zuwanderer dürfen auf der „Bibby Endeavor“ nicht selbst kochen. Sie bekommen Fremden-

schaftsverpflegung. „Es gab Reis mit Eiern“, beschrieb ein 63-jähriger Mann aus Pakistan das Sonntagessen. „Es roch sehr schlimm.“

Eine aus Sarajevo gelohene Familie hat das Schiff gleich verlassen, als den Kindern schlecht wurde und auch der Säugling sich übergeben mußte. Sie befürchteten einen fremdenfeindlichen Anschlag und verbrachten die Nacht im Freien. „Heute haben wir nicht gegessen“, beteuern sie und beschreiben mit Abscheu die in Plastik eingeschweißten Eisenerstärkungen.

Die Sozialbehörde vermutet, daß nicht das von der Stadtküche gelieferte Mittagessen, sondern ein Teil des Frühstücks verdorben gewesen sein muß. Die abgepackte Mittagsmahlzeit wird im Unterschied zum Frühstück auch auf andere Schiffe geliefert. Dort sei niemand erkrankt. Das hygienische In-

terieur hat Bobbe aus der Gemeinschaftsverpflegung gezogen. Die Duschräume wurden desinfiziert und neue Handtücher ausgegeben. Die Ursache für die Lebensmittelvergiftungen wird frühestens morgen feststehen.

Auf der „Bibby Endeavor“ leben verteilt auf winzige Kabinen mit Doppelstockbetten, rund 600 Menschen. Darunter sind etwa 100 Kinder. Da das Kochen grundsätzlich verboten ist, behelfen sich einige Familien mit Tauchsiedern. In der Vergangenheit hatte es wiederholt Klagen über die „pampige Verpflegung“ sowie über Magen- und Darmbeschwerden gegeben. Die Asylbewerber erhalten nur eine reduzierte Sozialhilfe von 170 Mark. Seitdem die „Bibby Endeavor“ im Hafen liegt, fordern die Flüchtlingsinitiativen von der Sozialbehörde: Laßt die Menschen auf den Schiffen selbst für ihre Ernährung sorgen.



Kochen ist auf der „Bibby Endeavor“ aus Sicherheitsgründen nicht erlaubt. Einige Familien stellen sich dennoch ihr vertrautes Gerichte selbst her. FOTO: M. STROUK



„Sprachloses Exil“ heißt eine Ausstellung über Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Hamburg, die heute im „Haus für Alle“ eröffnet wird. Fünf Fotografinnen, darunter taz-Mitarbeiterin Mariya Strouk, wollen mit ihren Bildern die Menschen, die sonst oft nur als „Strom“, als anonyme Masse erwähnt werden, als Individuen in den Blick rücken. Die Fotos sind bis zum 2. Oktober werktags von 10 bis 19 Uhr zu sehen in der Amandastraße 58 (Schanzenviertel). Ab 6. Oktober hängen sie in der Bücherhalle Eidelstedt, Alte Elbgastraße 6a, Hamburg 54. Als Beiprogramm zur Ausstellung veranstaltet das „Haus für Alle“ am kommenden Donnerstag, 24. September, um 19.30 Uhr eine Diskussion zur Hamburger Asylpolitik unter dem Titel „Sammel - Sonder - Zwangs - Beschränkung“. FOTO: MARIYA STROUK

1.12.1993

Auf schwankendem Boden

Die Fotografin Mariya Strouk über ihre Bilder von den Flüchtlingsschiffen in Neumühlen. Sie sind derzeit in der Bücherhalle St. Pauli zu sehen.

Seit es am 10. in Trappes die „Bibby Endeavor“ über den Hafen in Neumühlen an den Strand der Elbe, und unmittelbar mit dem Schiff, das nach dem Sonntagmittag in den Hafen kam, ist mir die Situation der Flüchtlinge sehr präsent, und ich möchte sie mit Ihnen teilen.

Die Bilder haben für sie eine ganz besondere Bedeutung für sie. Es sind die ersten „Wohnverhältnisse“, die sie in Deutschland gesehen haben. Sie sind in einem kleinen, dunklen Raum, der nur ein Bett, ein Tisch und ein Stuhl hat. Die Flüchtlinge sind dort, wo sie sind, weil sie keine andere Wahl haben.

Viele dieser Fotos zeigen die Flüchtlinge in den Kabinen der Bibby Endeavor. Sie sind dort, wo sie sind, weil sie keine andere Wahl haben.

Die Bilder haben für sie eine ganz besondere Bedeutung für sie. Es sind die ersten „Wohnverhältnisse“, die sie in Deutschland gesehen haben. Sie sind in einem kleinen, dunklen Raum, der nur ein Bett, ein Tisch und ein Stuhl hat. Die Flüchtlinge sind dort, wo sie sind, weil sie keine andere Wahl haben.

Die Bilder haben für sie eine ganz besondere Bedeutung für sie. Es sind die ersten „Wohnverhältnisse“, die sie in Deutschland gesehen haben. Sie sind in einem kleinen, dunklen Raum, der nur ein Bett, ein Tisch und ein Stuhl hat. Die Flüchtlinge sind dort, wo sie sind, weil sie keine andere Wahl haben.

taz hamburg, Montag, 13. Dezember 1993 ■ Hamburg

„Wir hören immer nur 'raus, 'raus, 'raus“

26 Hungerstreikende auf der „Floatel Altona“ protestieren gegen ihre Abschiebung

■ Von Kaija Kutter

Sie haben keinen Aufenthaltsraum, in dem sie sich treffen können, keine Wände, an denen sie Transparente aufhängen dürfen – eigentlich ist es fast ein Wunder, wenn sich der Protest trotzdem artikuliert. Seit Sonntagabend sind 26 Flüchtlinge auf dem Wohnschiff „Floatel Altona“ in Neumühlen im Hungerstreik.

„Ne, da ist nichts los“, sagte Unerkennlicher Dieter Norton nach vorgestern, als sich rund 200 Demonstranten vor den Schiffen versammelt hatten, um gegen die unmenslichen Flüchtlingsgesetze und Lebensbedingungen zu protestieren. Die Demonstranten kämen von außerhalb, von den Bewohnern seien nur ein paar Schaulustige dabei. Sonntag mittag sah die Lage schon anders aus, 26 Asylbewerber hielten die Kantine auf der „Altona“ besetzt. Der Presse wurde der Einlass verwehrt, wohl aber erlaubt, mit einer Vertreterin der Hungerstreikenden zu sprechen.

Auf der „Floatel Altona“ und der „Floatel Kalmar“ können die Wegweisigen Deutsch sprechen. Handelt es sich doch um die sogenannte „Erfahrungsnote“. Alle Menschen, die Asyl beantragen, kommen zunächst dorthin, bis die Hamburger Außenstelle des Bundesamtes in

Zirndorf entschieden hat, ob ihr Antrag „offensichtlich unbegründet“ sei oder nicht.

Nur etwa 20 Prozent, schätzt Dieter Norton, schaffen diese Härde und bleiben länger hier. Die übrigen werden meist binnen drei

Monaten abgeschoben. Aber offensichtlich werden in der Entscheidung auch Menschen untergebracht, die schon länger hier leben und in absehbarer Zeit abgeschoben werden sollen. So die 40-jährige Algerierin Ghania Boudenagh. „Was

soll ich in Algerien?“, fragt sie. „Dort ist Bürgerkrieg wie im Libanon“, sagt die Mutter von vier Kindern, die seit 17 Jahren in Deutschland lebt. Ihre Aufenthaltsgenehmigung erlischt, weil sie von ihrem Mann geschieden wurde.

Mit dem Mut der Verzweiflung kämpft Ghania Boudenagh zusammen mit ihrem algerischen Landsmann an Bord gegen die Abschiebung. Unter den Hungerstreikenden und neben neun Algeriern aber auch sieben Afghanen, sieben Menschen von der Elfenbeinküste und eine Palästinenserin.

Jeden Tag kommen Briefe. Immer heißt es nur „raus, raus, raus“, klagt Ghania Boudenagh. Obwohl den Behörden die Situation in den Herkunftsländern bekannt sei, würden die Asylträge nicht ernsthaft geprüft. Mikasa Belachen, der mit seiner Frau Sorra an Bord ist, erwartet zum Beispiel 20 Jahre Gefängnis in seinem Heimatland, weil er einer verbotenen politischen Partei angehört hat. Er habe ein Dokument, mit dem er dies beweisen kann, sagt Belachen. Trotzdem soll er abgeschoben werden. Die Flüchtlinge hätten zwar Anwälte, „aber die tun nichts“, klagt Ghania Boudenagh. „Meine Anwälte hat mit gesagt, ich solle zusehen, daß ich gesund bin, denn ich werde abgeschoben.“

Noch ist offen, solange die Flüchtlinge ihres Hungerstreik fortsetzen und ob sich eine politische Persönlichkeiten in Hamburg beraten, mit den Menschen zu sprechen.



„Was soll ich in Algerien?“ Ghania Boudenagh lebt seit 17 Jahren in Deutschland. Foto: Mariya Strouk

6

Am 11.01.1997 beteiligte sich Ihre Mandantin an einer Solidaritätskundgebung vor dem peruanischen Generalkonsulat in Hamburg für die Angehörigen der revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA), die am 17.12.1996 mehrere hundert Personen in Lima als Geiseln nahmen.

11.01.97



Am 21.03.2001 wurde während eines Treffens in der „Roten Flora“ zur Vorbereitung auf die Proteste gegen die Castor-Transporte bekannt, dass sich um Ihre Mandantin eine Mediengruppe gebildet habe, die diesbezügliche Auseinandersetzungen dokumentiere.

21.03.01

Hier Beispiele von Gegenöffentlichkeit aus dem Wendland:

Mediengruppen in linke zusammenhänge bilden sich kollektiv und aus der dringende Notwendigkeit heraus Gegenöffentlichkeit herzustellen, um die Mainstream Medien, die oft zur Sprachrohr der Politik sich selber degradieren, zu übertönen.



1986. Kleve. Autokonvoi aus Hamburg auf den weg zu Demonstration AKW Brokdorf. SEK-Kommandos landen mit Hubschrauber rechts und links der Straße, greifen das Auto Konvoi an und zerstören sämtliche Pkws des vorderen Demozuges.



Polizeibeamter lässt die Luft raus bei den Autos der Demonstranten.



Andere Beamte beschlagnahmten ein Vorküchentisch inklusive Tee und Brot.



Der berühmter Hamburger Kessel: als Protest zu der brutale Aktion der Polizei in Kleve sollte am nächsten tag in Hamburg eine Demonstration stattfinden. Auf den weg dahin, am Heiligengeistfeld, stürmte wieder Polizei und Kesselte 861 Menschen, 13 stunden lang.



8

Ihre Mandantin wurde am 15.05.2001 als Teilnehmerin einer ca. 35 Personen starken Demonstration in Hamburg festgestellt.

15.05.01



Eine symbolische Besetzung

an der Carsten- Rehder Straße.



9

Ihre Mandantin wurde am 24.07.2001 als Teilnehmerin einer ca. 250 Personen starken Demonstration in Hamburg festgestellt.

24.07.01

Karoviertel LAMA Häuser

Nach dem Erwerb des Terrassen in der Laeiszstrasse/Marktstrasse 95 durch einen gerichtlich als solchen "anerkannten" Spekulanten erfolgt die Vertreibung der Bewohner/innen. Nach mehreren Besetzungen und polizeilichen Räumungsaktionen wurden die Häuser abgerissen.



In einer Beilage (Titel: „Früchte des Wahns 4“) zur TAZ-Ausgabe v. 19.12.2001 wurde Ihre Mandantin im Zusammenhang mit einem Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der "Revolutionären Zellen" als Unterzeichnerin einer an das Kammergericht Berlin gerichteten Petition mit dem Titel "Freilassung sofort" aufgeführt.

Am 18.12.1987 fahndete das Bundeskriminalamt in einer breit angelegten Razzia gegen 33 Personen nach Mitgliedern bzw. Unterstützung der Revolutionären Zellen/Roten Zora, in deren Verlauf Ingrid Strobl und Ulla Penselin verhaftet wurden. Es entstand sofort eine breite Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der beiden gefangenen Frauen. Die Beschäftigung mit den anschlagrelevanten Themen Gen- und Reproduktionstechnologie, Bevölkerungspolitik und Flüchtlingspolitik die für BKA und die Bundesanwaltschaft Indiz für eine Mitgliedschaft oder Unterstützung der RZ/Rote Zora war und mit als Begründung der Durchsuchungsbeschlüsse herhalten mußte wurde breiter. Der staatliche Versuch, die Beschäftigung mit diesen Themen zu kriminalisieren schlug ins Gegenteil um. Ulla Penselin wurde nach 8 Monaten Untersuchungshaft freigelassen, das Verfahren gegen sie eingestellt. Sie hatte nach Kenntnis der Anklageschrift die Beweise gegen sie richtiggestellt.

Nr. 27 13.2.1992
50 Pfennig

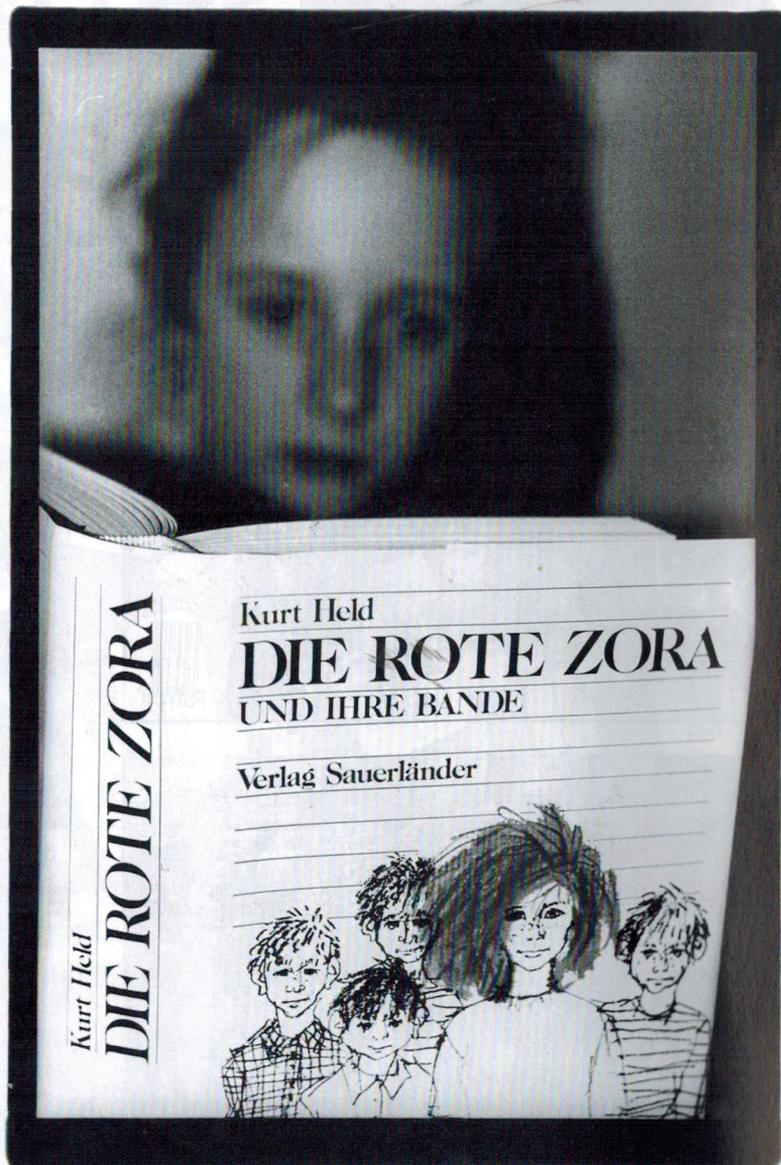
**clock
work
129 a**

Informationen
über
129a-Verfahren
und andere
politische Prozesse

- Politische Lösung – ein Beitrag von Georg Füllbrunn
- Interview mit Sapp Mater – Seite 6
- Terroristen und Richter – eine Rückbesprechung von Klaus Cossack – Seite 7



**freiheit für alle
politischen gefangenen**



Am 21.04.2002 nahm Ihre Mandantin an einer Kundgebung im Rahmen linksextremistischer Proteste gegen den sogenannten Brechmitteleinsatz vor dem UKE teil.

Hier hat
Prof. Dr. Püschel
einen
Menschen
älter gemacht!

Wem *dient*
der Arzt,
dem Staat
oder dem Menschen?

Stoppt die rassistische Altersfeststellung!

"Altersfeststellung" hieß es damals. Altersfestsetzung sagt Mensch heute. Im UKE bei der Gerichtsmedizin machte sich Dr. Püschel ein Name durch die Brechmitteleinsätze die zum Tode von Achidi John 09.12.2001 führten.

Auch seine Ältermachmethoden mit denen er Minderjährige neu ankommende Flüchtlinge , älter machte, so da sie nicht mehr in Hamburg in Jugendwohnungen untergebracht werden mussten sondern in ganz deutschland in erwachsene unterbringungen umverteilt werden konnten.



Am 25.2.02: Etwa 20 Personen wollten bei Professoren Püschel und Lockemann "Ältergemacht" werden. Sie gaben höhere Gehaltsstufen und vorzeitigen Rentenbezug als Grund an.

GEBEN SIE DIESEM

HERRN



NICHT DIE HAND!



Stoppt die rassistische Altersfeststellung!

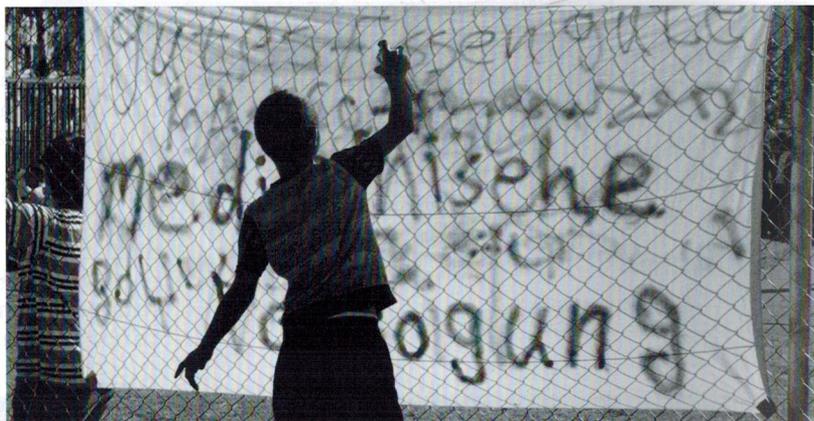
12

Am 25.09.2005 nahm Ihre Mandantin mit weiteren Angehörigen der von Linksextremisten mitgetragenen Hamburger "Glasmoorgruppe" an einer Demonstration vor einem Flüchtlingslager in Horst / MV teil.

25.09.05

Das Flüchtlingslager HORST bei Boizenburg, das leider noch immer existiert, wird seit mehrere Jahren von solidarische gruppen besucht um den Bewohner_innen ihre Unterstützung anzubieten. Jährliche Proteste und Feste aber auch Aktionen gegen Abschiebungen sollten den Menschen zeigen das sie nicht allein gelassen sind.

<http://www.thevoiceforum.org/node/1790>
<http://horst-lager-no.blogspot.de>



Horst



gung-

Boizen-



01.06.07



Neue Dimension

Wie Rechtsbeistände die Proteste gegen den G8 erleben

Erkennbar an ihren leuchtend gelben „Legal Team“-Westen boten rund 120 RechtsanwältInnen aus ganz Deutschland und dem europäischen Ausland bei den Protesten gegen den G8 Gipfel rechtlichen Beistand für Menschen, die von polizeilichen Maßnahmen betroffen waren. Britta Eder ist eine der InitiatorInnen dieses Anwaltlichen Notdienstes und Vorsitzende des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV). schanze|20357 sprach mit der Hamburger Strafverteidigerin über den ereignisreichen Einsatz des „Legal Team“.

Was ist der anwaltliche Notdienst?

Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem die Polizei die Grundrechte achten und schützen muss. Wozu ist so ein Notdienst dann noch nötig?

Bei früheren G8-Gipfeln in anderen Ländern, aber auch in Deutschland bei Großereignissen wie den jährlichen Castor-Transporten ins Wendland, der Sicherheitskonferenz in München oder bei der Bambule in Hamburg mussten wir feststellen, dass es immer wieder Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei gibt. Oft erklären Verwaltungs- oder Amtsgerichte die Maßnahmen zwei, drei Jahre später für rechtswidrig.

Wie hat das Legal Team konkret agiert?

Die Ablehnung der Akkreditierung zum G8 in Rostock würde mir per Mail zugesandt. Ich klagte beim Verwaltungsgericht in Berlin und bekam recht. Mehrere andere Fotografen und Journalisten die auch abgelehnt worden waren, klagten danach auch erfolgreich.



<https://www.heise.de/tp/features/Akkreditierung-nur-wenn-es-das-BKA-erlaubt-3413780.html>

Mit der im Verwaltungsgericht erkämpfte Akkreditierung ging ich zum Convergence Center wo grade Menschen die von der Polizei verletzt worden waren, und schmerzhaftere Dekorationen trugen, darüber berichteten. Auch sein Recht protestiere zu können, muss Mensch sich erkämpfen, bekanntlich.



Ihre Mandantin nahm 2008 an mehreren Vor- und Nachbereitungstreffen zu einem im Juli 2008 in Hamburg durchgeführten, von Linksextremisten mitorganisierten und besuchten "Grenzcamp" teil. Sie wurde in diesem Zusammenhang der Gruppe "Kein Mensch ist illegal" zugerechnet, in der auch Linksextremisten aktiv waren. Im Rahmen des Camps beteiligte sie sich u.a. am sogenannten Flughafenaktionstag am Hamburger Flughafen.



Antira Camp 08- die meisten Aktionen zielten auf die Sichtbarmachung des Staatlichen Rassismus im Alltag der Flüchtlinge. Eine der Aktionen: Globale Pässe mit Geschichten einzelner Würden am Flughafen an die Passagiere verteilt die dann im Flieger in Ruhe sich die Geschichten lesen zu konnten von Menschen die nicht wie sie Bewegungsfreiheit genießen können.

Antira

MOVING PEOPLE'S MOVIES
FREIHEIT IST NICHT ILLEGAL

EINE PLANUNG IM NOVEMBER VOM 24.-26. NOV. 2008 ZUM THEMA GEFÜHRT UND ANGEKOMMEN GEBEN MUSSEN UND TROTZDEM NICHT ZURÜCK GEHEN SOLLTEN. ZUM THEMA GEFÜHRT UND ANGEKOMMEN GEBEN MUSSEN UND TROTZDEM NICHT ZURÜCK GEHEN SOLLTEN. WERDEN NACH JAHREN DES LEBENS MIT DULDUNG, ARBEITEN UND VERLEICH SICH GÜTLICH ZU VEREINBAREN. WERDEN NACH JAHREN DES LEBENS MIT DULDUNG, ARBEITEN UND VERLEICH SICH GÜTLICH ZU VEREINBAREN.

Wir zeigen Filme über Migration, die aus ihren Ländern geflohen sind, in der Hoffnung, hier können hier Sicherheit und Ruhe und ein wenig Frieden zu finden, in der Hoffnung, hier können hier Sicherheit und Ruhe und ein wenig Frieden zu finden, in der Hoffnung, hier können hier Sicherheit und Ruhe und ein wenig Frieden zu finden.

Platz: über Wasser, Landwirtschaft und Staatsämter über Fachwege über das Leben hier mit seinem alltäglichen Rassismus, Widerstand und Selbsterhaltung.

Camp 08

Das Programm der Filmreihe ist ein klarer visueller Beitrag zur Vorbereitung auf und Mobilisierung für

GLOBAL PASSPORT
PAPIERE FÜR ALLE

Unter großer Dankschuld geht es das 3001-Kolonne, das – obwohl es glaubt, dass Filme zu dieser Thematik kein Publikum in den Saal bringen – uns immer wieder die Möglichkeit gibt, die das Gegenteil zu beweisen. Wir feiern dabei helfen...

3001 Kilm | Schwanenstrasse 75 (im Hof) | 20357 Hamburg | Programm- und Kartenverteilung: 040 43 76 75 | www.3001-kilm.de



Global Pass

2008 leben in Deutschland 126.676 Menschen mit einer Duldung.

Manche von ihnen sind über 15 Jahre hier. Sie leben mit der ständigen Angst vor der angedrohten Abschiebung.

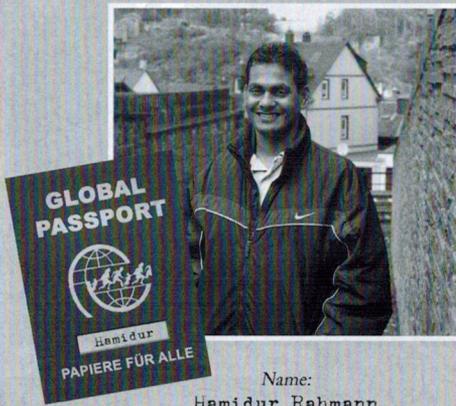
Menschen mit Duldung dürfen nicht arbeiten, nicht studieren und keine Ausbildung machen.

Jederzeit können sie abgeschoben werden in die Länder, aus denen sie geflüchtet sind, in der Hoffnung in Deutschland Schutz zu finden.

2007 wurden 14.000 Menschen aus Deutschland abgeschoben.

Kinder, die hier geboren sind, die die Heimatländer ihrer Eltern nie gesehen haben, ältere Menschen, deren ganze Familien hier leben,

Jugendliche, die aus ihren Familien herausgerissen werden nur weil sie 18 Jahre alt geworden sind.



Name:

Hamidur Rahman

Geburtsort:

Dhaka, Bangladesh

In Deutschland seit:

2004

Wenn du dies liest, bin ich nicht mehr in dieser Welt. Mein Pech in dieser verrückten Welt war, dass das inhumane System mich nicht mehr leben ließ. Ich bin nun frei von allen inhumanen Regeln und Regulierungen, frei von Gefängnis und Depression. Ich werde kein gültiges Stück Papier mehr brauchen, das die Leute 'Ausweis' nennen. Es ist mein letzter Traum, dass eines Tages eine 'Global ID' weltweit gültig ist und dass in allen Ländern die Menschen zusammenleben ohne Grenzen und ohne Pässe. Mein Tod ist meine Antwort gegen alle inhumanen Systeme und für die Einführung der 'Global ID' in dieser Welt.

Hamidur Rahman aus Bangladesh

*27.11.1976 †3.5.2008

seit 2004 in Deutschland um Asyl bittend

Wir klagen.

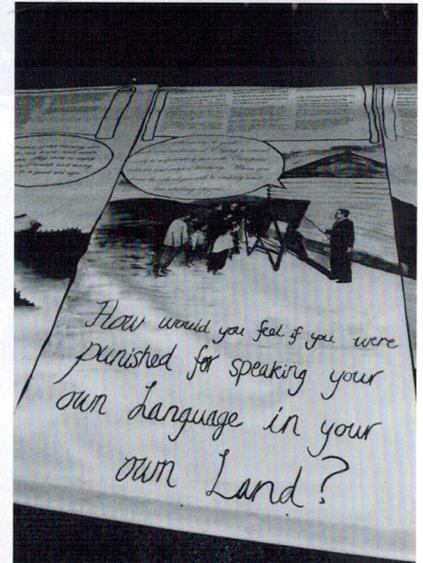
Wir klagen an.

Wir trauern mit seinen Angehörigen

Brot & Rosen, Diakonische Basissgemeinschaft in Hamburg

Camp 08

19.06.08



Ein Reisebericht aus Neuseeland wo gerade Maoris die um ihr Landrechte noch immer kämpfen müssen und Aktivist_innen kriminalisiert würden.

ON MONDAY, OCTOBER 15TH 2007, more than 300 police carried out dawn raids on dozens of houses all over Aotearoa / New Zealand. Police claim the raids were in response to 'concrete terrorist threats' from indigenous activists. The reality, however, included heavily armed police terrorising an entire township. To date, no evidence of the so-called terrorist plot has been revealed.

Police arrested 17 indigenous, anarchist, environmental and anti-war activists, including people from Tuhoë, Te Atiawa, Maniopotō, Nga Puhi and Pakeha. Police wanted to charge 12 people under the Terrorism Suppression Act (TSA), however the Solicitor-General denied the police permission to proceed. After four weeks in jail everyone was released on bail.



16

terrorismusvorwürfen in neuseeland" in der Koten Blase

Am 19.09.2008 nahm sie an der Eröffnung der "Antira-Kneipe" in der "Hafen-VoKü" in der St. Pauli Hafensstraße 116 teil.

19.09.08

antira-kneipe
the after-work-club for defencers

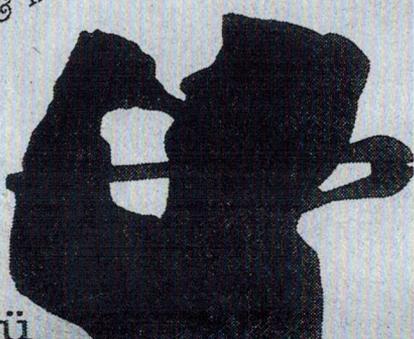
Eröffnungsparty

Live:
*Schall und Rausch
(Polit-Straßenmusik)
*Special Guests

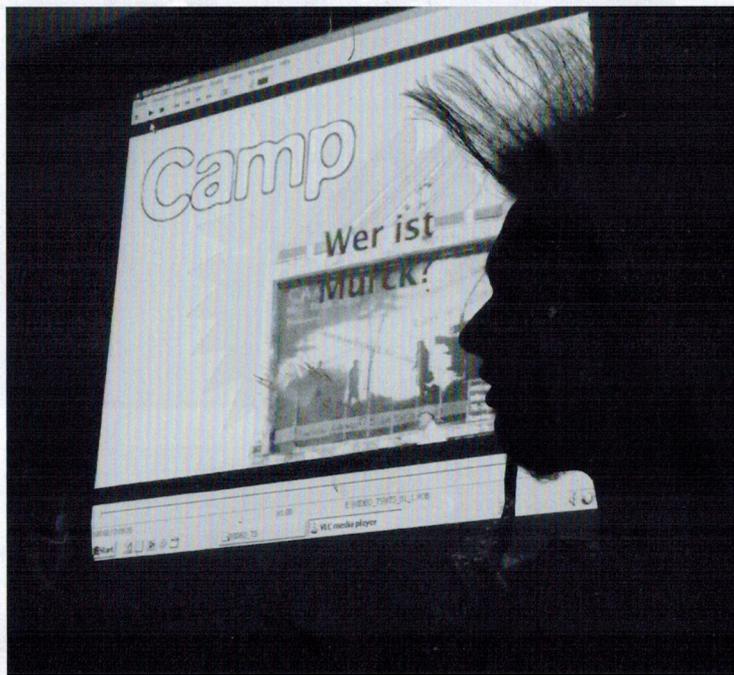
Inhalte:
Antiracamp'08 review
(Fotos, Videos, Pressesammlung)

DJ_ane's:
*A.R.K!-Soundsystem
(Ska, Punk, HipHop, Drum'n'Bass & more)

19.09.
18 Uhr
Hafenvokü



Antira kneipen Eröffnung mit Musik und Film: endlich ein Regelmässiger Antirassistischer Treffpunkt in Hamburg. Freude die Offensichtlich der Verfassungsschutz teilte und nutzte um die verdeckte Ermittlerin Maria Böhmichen als dauergästin in der Szene geschläust hat.

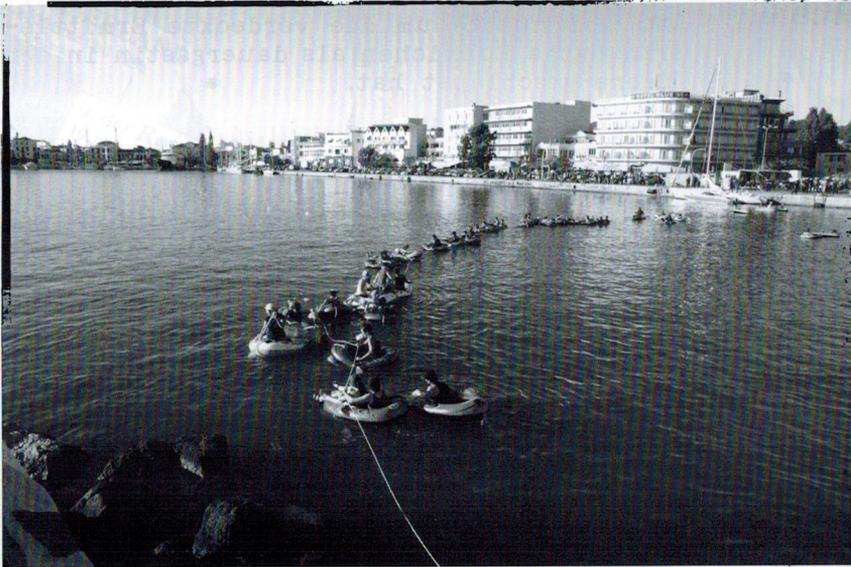


Antirakneipe

17

2009

Ihre Mandantin nahm 2009 an mehreren Vor- und Nachbereitungstreffen für ein "Antirassistisches Grenzcamp" im August 2009 auf Lesbos/Griechenland teil. Während eines Nachbereitungstreffens wurde deutlich, dass die große Mehrheit der Teilnehmer das Camp besucht hatten. Es wurde deutlich, dass die Hamburger Teilnehmer im Gegensatz zu den einheimischen Aktivisten offen für militante Aktionen gewesen waren. Aus Aussagen Ihrer Mandantin geht hervor, dass sie die Haltung der übrigen Hamburger teilte, die sie als "unsere Politik" bezeichnete. Zugleich zeigte sie Verständnis für die Zurückhaltung der einheimischen Campteilnehmer.

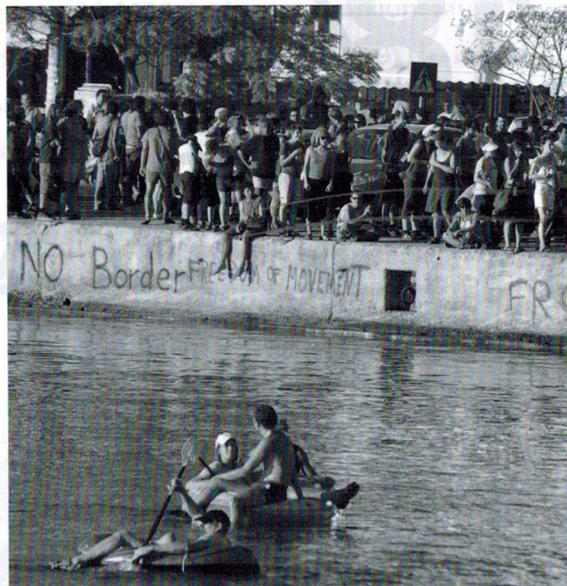


Auslandsreisekosten waren offensichtlich drin bei der Verdeckte Ermittlerin : auch in Griechenland auf Lesbos beim Noborder 09 beteiligte sie sich an das camp und nahm aktiv teil an die verschiedenen Aktionen, wie hier an eine Blockade im Hafen von Mitylini.

https://youtu.be/vVNCKE_DgXI

Auch in Brüssels beim Noborder 2010 und in Kopenhagen war sie dabei.





Griechenland Lesvos



18

Mai 2009

Im Mai 2009 wurde bekannt, dass sich Ihre Mandantin als Fotografin für die Publikation des "widerständigen Lokalblattes" „Schanze 20357“ betätigte, welches von dem der autonomen Szene zugehörigen "Freien Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks" herausgegeben wird.

Kein Hotel im Wasserturm



<http://www.schanzenturm.de>



Ein selbstverständlichkeit Photos von Menschen die mensch fotografiert. ihnen zu Verfügung zu stellen.

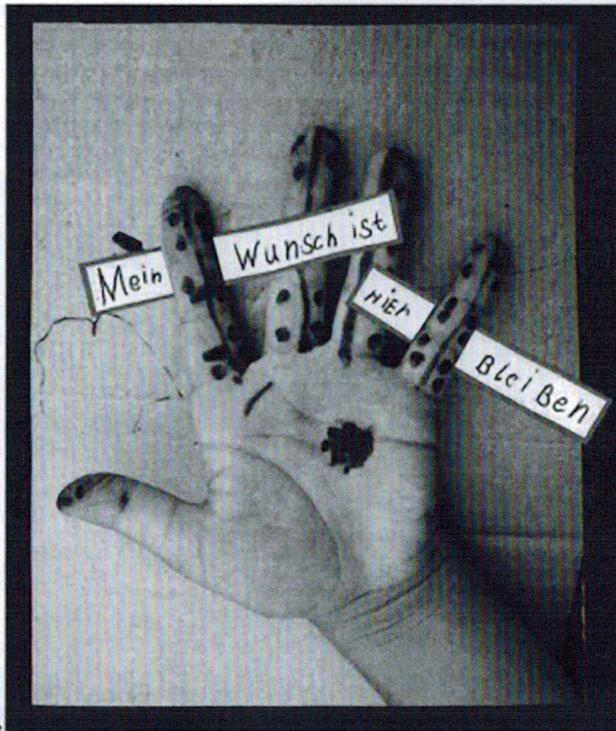


Schanze 20357

19

20.11.09

Am 20.11.2009 nahm Ihre Mandantin an einer Info- und Mobilisierungsveranstaltung für die Proteste der linksextremistischen Szene gegen die IMK in Bremen (02. bis 04.12.2009) teil, die im Rahmen der "Antira-Kneipe" in der "Hafen-Vokü" durchgeführt wurde.



Kein Kind soll aus Hamburg abgeschoben werden!

BLEIBERECHT und SCHULE sind ein muss!

Die IMK findet jährlich an eine anderes Bundesland statt. Die Innenminister der Länder treffen sich um ihre politik in sachen abschiebungen flucht und migration zu besprechen. die betroffen wie die Jugendlichen ohne Grenzen, selbstorganisierte gruppe von junge Flüchtlingen, will sie nicht unebobachtet lassen und macht ihr jährliche Konferenz immer Parallel dazu und in die selbe Stadt. Sie benennen dabei jedes Jahr den Abschiebeminister des Jahres, dem sie auch Persönlich den Preis übereichen und die Chance nutzen ihre Forderungen und wut auf die Asylpolitik öffentlich zu machen.

<http://jogspace.net/about/>

IMK Bremen

Im gesamten Jahr 2010 beteiligte sich Ihre Mandantin an zahlreichen Aktivitäten des No-IMK-Bündnisses, mit dem die linksextremistische Szene ihre teilweise gewalttätigen Proteste gegen die in Hamburg stattfindende Innenministerkonferenz vorbereitete.

2010



Eine Aktion von der Gruppe Kein Mensch ist illegal Hamburg und Freunde während der IMK in Hamburg: den Fototermin den die Innenminister Traditional machen nachzustellen mit einer Kabarettistischen Rede die die Kritik an die Arbeit der Innenminister zu ausdrückt brachte. Was wir nicht wussten war das hinter den Innenminister von Sachsen, der 2015 zu Abschiebeminister des Jahres von den JOGS gewählt wurde, sich die VE Maria Böhme aktiv an die Aktion beteiligte.

konferenz.jogspace.net/2015/12/03/pm-jugendliche-ohne-grenzen-waehlen-markus-ulbig-zum-abschiebeminister-2015/

Kein Herz für Rocker

Konferenz: Innenminister misstrauen Friedenspakt zwischen Bandidos und Hells Angels

Gewalt gegen Polizisten, Verbot von Rockerbanden oder Kriminalität im Internet - bei der Konferenz der Innenminister in Hamburg stehen insgesamt 40 Tagesordnungspunkte auf dem Programm. Unter Leitung von Hamburgs Innenminister Christoph Ahlhaus sollen heute die Ergebnisse der zweitägigen Sitzung bekannt gegeben werden.

Deutlich wurde bereits gestern: Etliche Innenminister zeigten sich unbeeindruckt vom demon-



Antirassismus-Aktivisten als Minister, die z. B. die Abschiebehelfer abschaffen



Gruppenbild in Hamburg mit den Innenministern der Länder sowie Bundesinnenminister Thomas de Maizière

ein bundesweites Verbot von Rockerbanden. In Hamburg sind die Hells Angels bereits seit 1983 verboten. Unbehagen herrscht

wie dargestellt. An Hamburg habe es nach wie vor noch keine konkrete Anfrage der Bundesregierung in dieser Sache gegeben, so

von Roma in den Kosovo kritisiert. Der ehemalige Bundesminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) sprach dabei von einem



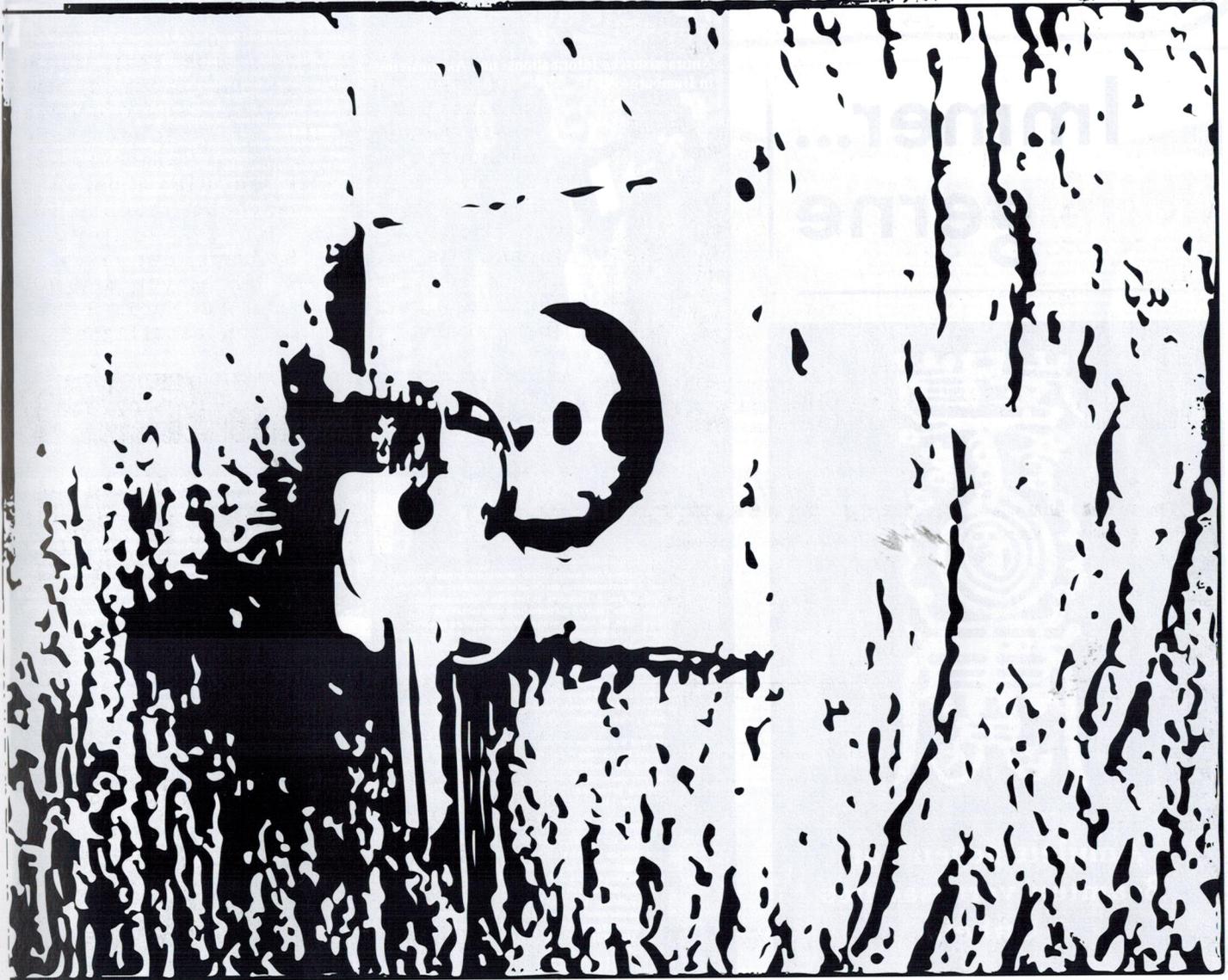
No-IMK

23

Am 27.05.2010 wurde durch einen Pressebericht bekannt, dass Ihre Mandantin gegen die Akkreditierungsvorschriften der IMK am 27. und 28.05.2010 in Hamburg geklagt hatte.

27.05.2010

0105



2010

Immer... gerne



Amulett gegen von
Beamten verursachtes
Unheil

Jenseits der Grenzen

Antirassistische Informations- und Aktionsreihe
in Hamburg 11.01. - 07.03.2008

www.nadir.org/kampagnen/jenseits-der-grenzen

Rassismus: ganzheitlich verstehen - gemeinsam bekämpfen!

Rassismus in der BRD und Europa hat viele Gesichter. Er zeigt sich nicht nur in rechtsextremen bzw. neo-faschistischen Bewegungen und in diskriminierender staatlicher Politik, die auf Basis (ausländer-)rechtlicher Instrumente Menschen aus bestimmten Teilen der Welt die Einreise in die BRD bzw. EU verweigert. Selten benannt und diskutiert werden die Rassismen der „aufrechten deutschen Bürger“, die „Boot-ist-voll Polemiker“, deutscher Politiker_Innen, etc., die ihre rassistischen Diskurse in eigener Abgrenzung zu extrem rechten Denkmustern unkritisiert wissen.

Die Veranstaltungsreihe sollen über die verschiedenen Ausprägungen und Hintergründe von Rassismus, die sich auf individueller und struktureller Ebene finden, und eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem Problem in Bewegung bringen. Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen und eine Vernetzung des Widerstandes gegen die unterschiedlichen Rassismen fördern. Trefft Euch bei den Veranstaltungen, lernt Euch kennen und tauscht was drauß!

Einem Anfang stellt die Vorbereitung und Umsetzung dieser Veranstaltungsreihe dar. Sie ist ein Kooperationsprojekt von 14 verschiedenen antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen:

- Antirassistische Gruppen: Antirassistisches Pflanzm Oldenburg/Blankenburg, Antirassist_Innen an der Uni HH, A.R.K! - Antirassistische Kultur, Café Exil, Der braune Mob e.V., Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Flüchtlingsrat HH, Horst AG, Karawane HH, kein mensch ist illegal HH, migres im Frontarea, Noah Sow, Soziale Zone e.V. Lüneburg.

Do, 24.01. Extremismustheorien

Extremismus! Nur wenige Worte haben in den letzten Jahren so viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erfahren wie Dieses. Politiker und die Exekutive, in Form des Verfassungsschutzes, stützen ihre Tätigkeit auf theoretisch-wissenschaftliche Konstrukte, die von nur wenigen Wissenschaftlern gebildet werden, und die maßgeblich zur Urteilsbildung beitragen, wer und welche Organisation für die freiheitlich demokratische Grundordnung der BRD gefährlich werden könnten. Was steckt hinter diesen Theorien, die nach ihren Kritiker_Innen, Unterschiede zwischen „linkem“ und „rechtem“ Extremismus verschleiern und bisweilen aufheben? Warum greifen führende Extremismustheoretiker vehement den immer wieder auftauchenden Begriff des „Extremismus der Mitte“ an? Wo und Wie machen sich diese umfassenden Theorien in der breiten Bevölkerung bemerkbar? In einem ca. einstündigen Vortrag sollen die theoretischen Basics für eine spannenden Diskussion geliefert werden. Referent: in von Sozo e.V. Lüneburg 19:30 Uhr, LIZ

Do, 31.01. Bewegungen an den Grenzen - EU-Migrationspolitik und Widerstand in Marokko und in der Ukraine

Fast täglich ist in den Medien vom „Kampf gegen illegale Migration“ von angeblich immer erfolgreicherem Einsatz der EU-Grenzschutzagentur Frontex gegen Bootsflüchtlinge und zurückgehenden Asylbewerberzahlen in den Kernländern der EU, insbesondere in Deutschland, zu lesen. Über die Lebensgeschichten hinter den steigenden Zahlen der Toten im Mittelmeer, im Atlantik, in der Wüste und an den Landgrenzen der EU, über die massiven Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen und Migrant_Innen und erst recht über Gruppen und Netzwerke, die versuchen, dieser mörderischen EU-Migrationspolitik etwas entgegen zu setzen, ist dagegen selten etwas zu hören. Wir möchten deshalb auf dieser Veranstaltung an den Beispielen Marokkos und der Ukraine nicht nur die schreckliche Realität an den EU-Außengrenzen darstellen, sondern auch von den Motiven, Zielen und Aktivitäten der Migrant_Innen und von Aktivist_Innen, die mit ihnen zusammen arbeiten, berichten. Conni Gunßer und Hagen Kopp haben Gruppen in den Grenzen besucht, an Diskussionen und Aktionen vor Ort teilgenommen und werden auch Fotos und evtl. einen Film davon zeigen. Referent_Innen: Conni Gunßer, Flüchtlingsrat Hamburg, und Hagen Kopp, kein mensch ist illegal Hanau 19:30 Uhr, Kollibri

Do, 31.01.-Di, 12.02. Ausstellung

Filippinische Hausangestellte räumen mit Vorurteilen auf! Sisterhood und Solidarität!

Seit 2006 hat DIWATA, die Selbstorganisation der philippinischen Hausangestellten in Athen, begonnen jährlich 10 Frauen der philippinischen Gemeinde für ihre besonderen Leistungen zu ehren und ihnen öffentlich zu danken und zu gratulieren. Die Ausstellung stellt einen Kreis dieser Filipinas vor und soll die „Unsichtbaren“ auch international sichtbar machen. Ein Ausstellungsprojekt von: DIWATA Athen und KEIN MENSCH IST ILEGAL Hamburg Ort: Kollibri.

Sa, 02.02. antirassistisches Radioballett in der Innenstadt achtet auf Ankündigungen

25

2010

2010 wurde Ihre Mandantin mehrfach als Kontaktperson von Hauptprotagonisten der gewaltorientierten linksextremistischen Szene Hamburgs festgestellt. Außerdem wurde ihre Teilnahme an einer Solidaritätsaktion für einen führenden Protagonisten der autonomen Szene am 26.04.2010 vor dem Hamburger Strafjustizgebäude sowie an der autonom geprägten und gewalttätig verlaufenen "Antirepressionsdemonstration" am 24.07. und der Anti-IMK-Demonstration am 13.11.2010 in Hamburg dokumentiert. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse wurde sie als bedeutende Person innerhalb der linksextremistischen Szene Hamburgs gewertet.



Was "kontakt zu Protagonisten" heißen soll und was das für einen Vorwurf das genau darstellt, muss jemand erklären klingt nach blutrache.



DEFEND YOUR MIND

Die INNENMINISTERSKONFERENZ (IMK) findet jedes Jahr im Frühjahr und Herbst in wechselnden Bundesländern statt. Dieses Jahr ist die Stadt HAMBURG die Gastgeberin vom 17. bis 19. NOVEMBER und der neue Innenminister, Ex-VS-Chef Heino Vahldick, hat den Vorsitz. Bei den Treffen stehen Themen rund um Begriffe wie "innere Sicherheit", "Ausländerrecht", "Verfassungsschutz" und "Polizeiaufgebot", "Bekämpfung des Terrorismus", "Gefahrenabwehr" oder auch "Linksextremismus" im Vordergrund. Dabei ist die indirekte Wirkung von wesentlicher Bedeutung, weil Druck und Stimmungsmache auf das Bewusstsein der Bevölkerung ausgeübt werden. Es wird ein Sicherheitsbedürfnis geschaffen, in dessen Folge die Akzeptanz weiterer Kontrollmaßnahmen zu Ungunsten kollektiver und individueller Freiheiten der Menschen wächst. Um die Repression aus den Köpfen zu bekommen, zeigen wir eine Reihe von Filmen im 3001-Kino zu den betreffenden Themen. Die Filmreihe beginnt im September und erzählt von Fluchtgeschichten, von verschiedensten Kämpfen gegen direkte und indirekte Repression, von Selbstorganisation und der Militarisierung der Gesellschaft. Die Vorführungen beginnen jeweils um 19 Uhr und es werden Referent_innen und Filmemacher_innen anwesend sein.

Hamburg Unsicher machen III
IMK VERSTÄRKT

Mehr Informationen zur Aktionswoche gegen die IMK, zu Veranstaltungen, zum Thema und das aktualisierte Kinoprogramm: NO-IMK.BLOGSPOT.COM
Die Filmreihe wird veranstaltet von kein_mensch_ist_begal, Wöhrschiff-Projekt, 3001-Kino und Gruppen aus der No-IMK-Vorbereitung

FILMREIHE GEGEN DIE INNENMINISTERSKONFERENZ

Antirepression
Montag 13.9.2010
GEFÄHRDERT
Hans Weingartner, Berlin 2009, Kurzfilm
Zu einer Zeit, in der ein Mann BRD-Innenminister ist, der 1994 einen Koffer mit 100.000 DM in bar von einem Waffenhändler entgegennimmt, werden Listen sogenannter "Gefährdeter" erstellt, die das urale Rechtsprinzip der Unschuldsvermutung aufheben. Ab jetzt ist jeder solange verdächtig bis er das Gegenteil beweisen kann. Der Film zeigt eine wahre Geschichte aus dem Sommer 2007. Der Fall Andrej Holm hat großes Aufsehen erregt, doch die wesentlichen Fragen konnte niemand beantworten. Ein Bundesrichter erließ den Haftbefehl mit der Begründung, Holm würde in seinen Arbeiten, das Wort "Gefährdung" verwenden – ein Begriff, der einmal in einem Bekennerschreiben der "Milizanten Gruppe" auftauchte. Warum überwachte das Bundesministerium den Sozialgenossen und seine Familie elf Monate lang, unter enormen Aufwand, obwohl keine neuen Verdachtsmomente auftraten?

DISSENT
Neuseeland 2009, 17 Min., Fragfilm mit drei Interviews
Am 15. Oktober 2007 wurden in Neuseeland über 40 Häuser durchsucht und 18 Personen unter Terrorismusverdacht verhaftet. Drei Jahre später sind die Terrorismusvorwürfe längst vom Tisch, aber die Angeklagten waren immer noch auf ihren Prozess. Der Film kontrastiert Interviews mit den Betroffenen mit offiziellen Aussagen und beleuchtet den historischen Zusammenhang der Verfahren mit der Kolonialisierung Neuseelands.

Antimilitarismus
Montag 11.10.2010
BUNDESWEHRGELÖBNIS
BREMEN 1980
Film und Diskussion
Am 6. Mai 1980 wurde der 25. Jahrestag des NATO-Beitritts der BRD mit einem öffentlichen Referatungsgelöbnis im Bremer Weststadion "gefeiert". Es kam zu breiten Protesten und vehementem militäntem Widerstand, die dieses Ereignis zu einem Schlüsselmoment der Bremer wie bundesweiter ausserparlamentarischer Politik werden ließen. 30 Jahre nach der "Schlacht am Osterdeich" gibt es viele Gründe zurückzuschauen – auch auf einen wichtigen Schritt der Entwicklung autonomer Politik. Aus einem Aufruf "Jugend-Lebensraum wird immer mehr eingeengt, und die Herrschenden werden sich von papierernen Protesten immer weniger beeindrucken lassen. Wenn wir leben

Selbstorganisation junger Flüchtlinge
Montag 25.10.2010
"WIE EIN STRICH DURCHS LEBEN"
Als geduldeten Jugendlichen in Deutschland
Rebekka Schaefer, Bremen 2006, 45 Min.
Meyrem Kaymaz, 18 Jahre alt, will Anwaltin werden. Zur Zeit hat sie in Bremen ihren Realschulabschluss nach. Ob sie sich ihre Traum erfüllen kann, ist ungewiss. Im April 2007 läuft weimal ihre Duldung aus. Vor sechs Jahren verlor Maryems Familie den Bürgerkriegsflüchtlinge aus Libanon, die bis dahin grüner Aufenthaltserlaubnis und

BURN ALL PRISONS

Eine politische Filmreihe zu machen, bedeutet ein finanzielles Risiko einzugehen, und das 3001-Kino muss die Kosten decken. Risiko reduziert macht Spaß, also ermutigen wir euch, zahlreich zu erscheinen. Wir brauchen mindestens 2000 Besucher.

26

Darüber hinaus liegen dem LfV Erkenntnisse vor, die belegen, dass sich Ihre Mandantin zwischen 2008 und 2010 mehrfach an internen Treffen der autonomen Szene beteiligt hat.

verdeckte

Erste autonome VW
in Hamburg -15 Februar 2010

Rote Flora 19.30 Uhr



ab dann jeden 15 im monat!

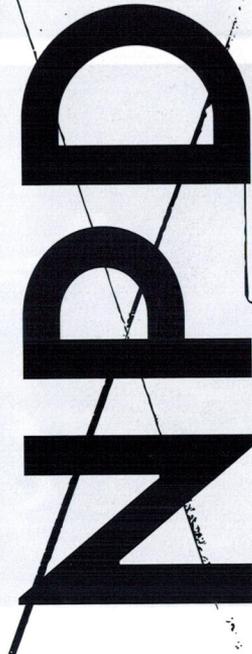


Am 12.02.2011 beteiligte sich Ihre Mandantin an Protesten gegen eine Kundgebung der NPD auf dem Gänsemarkt, zu denen auch linksextremistische Gruppen mobilisiert hatten.

12.02.11



Gegen die NPD sollten viel mehr Leute, aufstehen, brüllen, protestieren, sie stoppen. Gegen die AFD übrigens auch. Auf keinen fall dürfen staatliche Behörden sie deswegen Kriminalisieren.



28

Ihre Mandantin nahm am 04.06.2011 an einer Veranstaltung der antimilitaristischen Frauengruppe "amiga" in der Roten Flora zum Thema "Kriegsgebiet Hamburg" teil.

04.06.11

amiga



Am 14.06.2013 nahm Ihre Mandantin an einer auch von mehreren Linksextremisten frequentierten Solidaritäts-Aktion am "Park-Fiction" für die "Lampedusa"-Flüchtlinge teil.

14.06.13

14.6.13. Parc Fiction -
Solidarisches grillen
mit Lampedusa in Ham-
burg . Suchbild ohne
Erfolgsaussichten: wo
sind die Linxextremis-
ten ? und Willy: du
wirst uns nicht nur
bei grillstände und
feuertonnen fehlen.



Park Fiction



30

Am 15.06.2013 war Ihre Mandantin Teilnehmerin an einer mit großer Beteiligung aus der linksextremistischen Szene durchgeführten Protestaktion mit dem Tenor "Zwangsräumung? Verhindern!" gegen eine Zwangsräumung im Bereich Schanzenstraße/Ludwigstraße.

15.06.13

Zwangsräumung



verhindern

Ihre Mandantin war Halterin eines Pkw, der im Rahmen des vom 17. bis 24.08.2014 in der Altmark/Sachsen-Anhalt durchgeführten "War starts here Camp" polizeilich festgestellt wurde.

Inland ■ die tageszeitung. Freitag, 4. Juni 1993



Diyabakir-Batna: Deutsche Leopard-1-Panzer werden transportiert.

Foto: Marily Stroux

„Genozid mit deutschen Waffen“

Gewerkschafter besuchte Kurdistan / Deutsche Waffen weiterhin gegen Kurden eingesetzt ■ **Von Marco Carini**

Wir befürchten einen Genozid am kurdischen Volk mit deutschen Waffen“, fällt Jürgen Bischoff, freier Autor und Vorstandsmitglied der Menschenrechtsorganisation

Jürgen Bischoff: „Die ganze Stadt war abgeriegelt von mit Maschinenpistolen bewaffneten Sondereinheiten des Militärs. Wir

den haben aber versucht, uns davon abzuhalten, genauere Untersuchungen anzustellen.“

Die DJU hat sich unmittelbar

Neue

Aus den vorliegenden Daten, deren Löschung beantragt ist, ergeben sich auch tatsächliche Anhaltspunkte die den Verdacht begründen, dass die Klägerin an linksextremistischen Bestrebungen teilnimmt. Die Klägerin wird innerhalb des Linksextremismus dem grundsätzlich als gewaltorientiert eingestuften Lager der Autonomenszene und hier mit dem Schwerpunkt-Tätigkeitsfeld Antirassismus zugerechnet. Für Näheres zu diesem Themenfeld wird auf den Verfassungsschutzbericht 2015 der Beklagten, dort Seite 127 ff verwiesen.

Darüber hinaus stammen viele Erkenntnisse über die Klägerin aus der mehrere Jahre langen Beobachtung der Gruppe "Kein Mensch ist illegal" (KMII). In der linksextremistischen Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ vernetzten sich antirassistische Gruppen und Initiativen, darunter auch Gruppierungen aus dem gewaltbereiten Spektrum. Am Rande der von KMII mit organisierten jährlichen antirassistischen "Grenzcamps" wurden in der Vergangenheit mehrfach politisch motivierte Straftaten verübt, wie zum Beispiel in Hamburg im Zeitraum vom 10.-21.08.2008. Die Hamburger Gruppe bezeichnet KMII auf ihrer Internetseite als "bundesweites Netzwerk vor allem autonomer antirassistischer Gruppen (...)". Auch die Verlinkung zum Wikipedia-Eintrag Autonome verdeutlicht, dass hier ausdrücklich die autonome Szene gemeint ist.

GLOBAL RIGHTS and **BORDER'S WRONG**

Kampagnen für Legalisierung in Europa

Berichte und Diskussion mit AktivistInnen aus Griechenland und Schweden

mit Jose B. und Deborah C.Valencia von "Kasapi", Vereinigung der Philippinos/as in Griechenland aus Athen und zwei VertreterInnen von "ingen människa är illegal" (kein mensch ist illegal) aus Göteborg

Es laden ein:
Flüchtlingsrat Hamburg, Cafe Exil
kein mensch ist illegal hamburg
Brot&Rosen, mujeres sin fronteras
Karawane Hamburg

Freitag, den 9.6.06 um 20:30 Uhr
in der Motte
Eulensstraße 43, Hamburg-Ottensen

© NO ONE IS ILLEGAL

Vorwürfe

Liste der letzte aufgeflogenen ErmittlerInnen in Hamburg



Iris P. alias "Iris Schneider": Seit 2001 spionierte die Staatsschützerin des Hamburger Landeskriminalamts, die linke Szene um das besetzte autonome Zentrum Rote Flora in Hamburg und das Radio Freies Sender Kombinat (FSK) in Doppelfunktion bis 2006 aus. "Iris Schneider" war sowohl als verdeckte BFL-Aufklärerin (Beamte für Lagebeurteilung) für Hamburgs Staatsschutz als auch als "verdeckte Ermittlerin zur Strafverfolgung" für den Karlsruher Generalbundesanwalt tätig.
<http://verdeckteermittler.blogspot.de>

Astrid Opermann alias „Astrid Schütt“ soll sich seit Ende 2006 in der linken Szene bewegt haben und gilt dort als Nachfolgerin von "Iris Schneider". Es wird davon ausgegangen, dass auch Astrid O. in Doppelfunktion sowohl als BFL-Aufklärerin als auch als "verdeckte Ermittlerin zur Strafverfolgung" eingesetzt worden war, damit sie Privatwohnungen betreten durfte.
<https://verdeckteermittlerinhh.blackblogs.org>

Parallel war die Staatsschützerin

Maria Böhlichen alias „Maria Block“ in den Jahren von 2008 bis 2012 als "verdeckte Ermittlerin zur Gefahrenabwehr" in der linken Szene eingesetzt und begleitete die Aktionist_inen auch ins Ausland, Griechenland Lesbos/Kopenhagen/ Brüssels...
<http://enttarnungen.blackblogs.org>

Literatur

Schöner Leben ohne Spitzel - Sept 2011

<http://www.berlin.rote-hilfe.de/schoener-leben-ohne-spitzel>

Der Spitzel - Die rote hilfe - Heft 2/2016

129akten von Kernsiefe Schüffelhunden und Rumgetüddel

<http://129akten.noblogs.org>

Radfahrer - Die Überwachung des Fotografen Harald Hauswald durch die Stasi' Film.

<http://www.bpb.de/mediathek/125419/radfahrer>

<https://www.youtube.com/watch?v=OG2ulFuo09o>

"Ich erlauschte folgendes Gespräch: ..."

Mit Polizeispitzeln durch Eimsbütteler Kneipen der Jahrhundertwende - Sielke Salomon, Patrick Wagner (Bearb.)

Hg. v. der Galerie Morgenland

Hamburg o. J.

Markus Mohr (Hg.), Klaus Viehmann (Hg.)

Spitzel Eine kleine Sozialgeschichte

Assoziation A Verlag, Hamburg 2004

Vier Jahrzehnte unter Beobachtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

www.rolf-goessner.de

Rob Evans/Paul Lewis

Undercover. Die Geschichte der Britischen Geheimpolizei
bahoe books



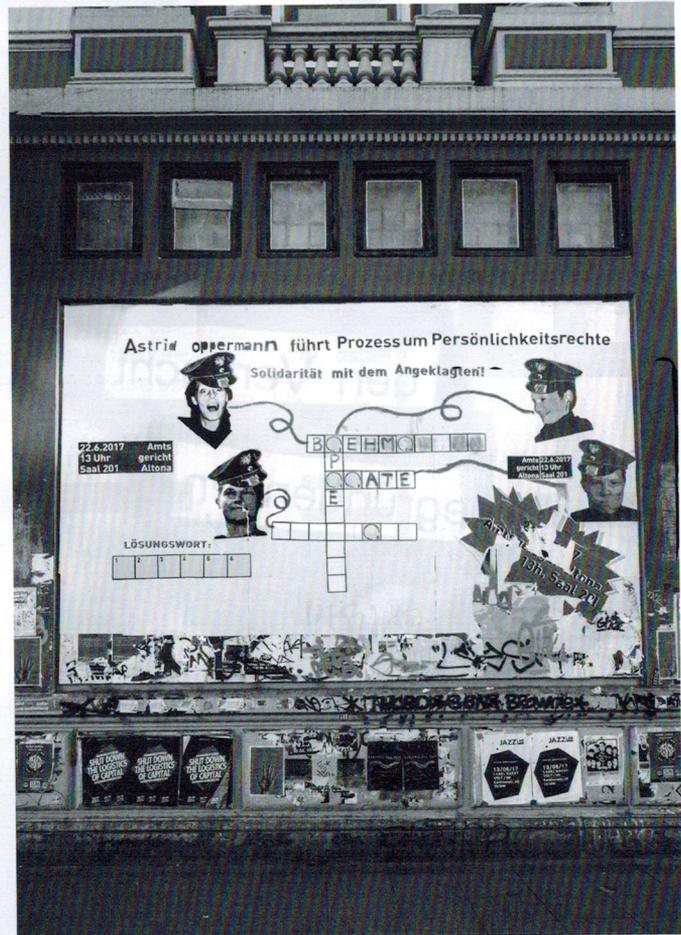
Links /Texte zu VEs

https://eahh.noblogs.org/post/2016/01/19/zum-umgang-mit-verdeckten-ermittler_innen-in-unseren-zusammenhaengen/

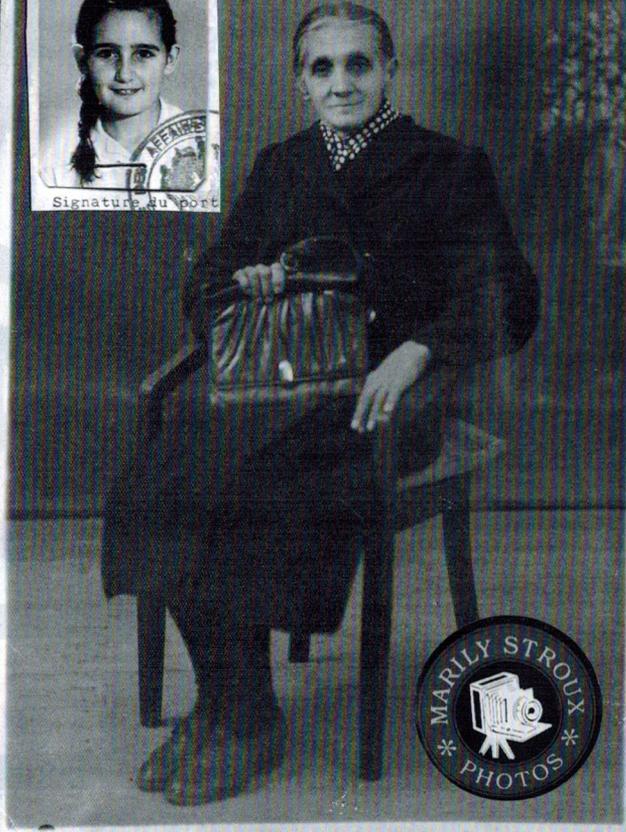
<https://linksunten.indymedia.org/de/node/104572>

<http://www.datenschmutz.de/moin/Verdeckte%20Ermittler>

<https://www.altmeierei.de/2004/11/15/verdeckter-ermittler-in-hamburg-aufgeflogen/>



Speicherung



Für das Tätigwerden des LfV Hamburg reichen tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungseindliche Bestrebungen konkret für Gefährdungen der gesetzlich näher beschriebenen Verfassungsrechtsgüter aus. Die Regelung verlangt keine Gewissheit darüber dass Bestrebungen vorliegen die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Zu verlangen sind indes mehr als bloße Vermutungen. Es müssen konkrete und in gewissen Umfang verdichtete Umstände als Tatsachenbasis für den Verdacht vorliegen. Dabei kann sich die Annahme eines Verdachts aus der Gesamtschau aller vorhandenen tatsächlichen Anhaltspunkte begründen auch wenn jeder für sich genommen einen solchen Verdacht noch nicht zu stützen vermag.

PASSEPORT SPECIAL DE SERVICE

N° 3859

Marily Stroux



Fliegen ist freiwillig

WER NICHT WILL, KOMMT NICHT MIT

Impressum

Herausgegeben von Marily Stroux

Text und Photos: Marily Stroux

Layout: Falk Zirkel

Eigenverlag

Danke an

Softe verdeutschung

Gaby Arthur

Margret Geitner

Analyse und Kritik Archiv

Stroux Archiv

TAZ Archiv

Für die dauerhafte juristische Begleitung

RA Gabriele Heinecke

RA Carsten Gericke

RA Ünal Zeran

Photo

Seite 17: Andreas Herzau

Seite 55: Hinrich Schulze

Und alle die vertrauensvoll die
Broschüre vorbestellt haben und
so den Druck möglich gemacht haben.

ISBN 978-3-00-056079-8

